

# Die demokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Praga II.  
Hybernská ul. 7.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.  
Dr. Dollfuß u. Verwaltung: Drag II, Rejkova 15 • Telefon: 20703, 31460, Nachredakt. (ab 21 Uhr): 33556 • Postfachamt: 37544

13. Jahrgang.

Donnerstag, 15 Juni 1933

Nr. 139.

## Statt Diplomatie - rohe Gewalt.

## Deutschland und Oesterreich.

Wien, 14. Juni. (Eigenbericht.) Die deutsche Reichsregierung hat als „Repressalie“ für die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Sabicht, den sie als extraterritorial ansieht, obzwar seine kürzliche Ernennung zum Presseattaché der deutschen Gesandtschaft in Wien von der österreichischen Regierung nicht zur Kenntnis genommen wurde, heute um 2 Uhr nachts den Presseattaché der österreichischen Gesandtschaft in Berlin Sektionsrat Dr. Wasserbäd, der seit zehn Jahren bei der Reichsregierung akkreditiert ist, trotz aller Proteste aus seiner Berliner Wohnung durch die Geheimpolizei mit Gewalt herausgeholt lassen und zur Polizei gebracht. Nach einer späteren deutschen Meldung wurde der Presseattaché für Revanche für die Verhaftung Sabichts ausgewiesen; er soll umgehend aus Deutschland abgehoben werden.

und menschlicheren Formen erfolgt als die Sabichts in Oesterreich.  
Demgegenüber wird von amtlicher österreichischer Seite festgestellt, daß die Meldungen, als ob Sabicht in einer schmutzigen Zelle des Polizeigefängnisses untergebracht und auch in den Hungerstreik getreten sei, in keiner Weise den Tatsachen entsprechen.  
Der Bundespolizeidirektor von Linz, Hofrat Scholz hat heute den deutschen Konsul von Linz, Legationsrat Dirl von Langen mit anderen Herren eingeladen, die Zelle des im Polizeigefängnis in Haft befindlichen Sabicht und der übrigen Reichsdeutschen zu besichtigen. Legationsrat Dirl von Langen hatte Gelegenheit, mit den Verhafteten selbst zu sprechen. Der Bundespolizeidirektor hat überdies Sabicht gestattet, mit dem reichsdeutschen Gesandten in Wien zu telefonieren. Sabicht erklärte dem Konsul, daß er keinerlei Beschwerden haben werde.

Außer Fahnen, Umzügen, Uniformen, blutigen Mißhandlungen, Unterdrückung der Pressefreiheit, Konzentrationslagern hat der Hitler-Faschismus Deutschland nichts gebracht. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik vor allem hat der Nationalsozialismus verjagt und vertrieben seine Anhänger auf den Ablauf des Vierjahresplanes, von dem man nicht einmal die ersten Anfänge sieht. Ebenso vollständig wie in der Wirtschaftspolitik ist der Mißerfolg des Halbkreuzfaschismus auf dem Gebiete der Außenpolitik. Noch nie in der neueren Geschichte, selbst im Weltkrieg, war Deutschland so isoliert wie heute. Die hitlerische Außenpolitik hat es verstanden, sich gleichzeitig mit allen Staaten zu zerstreuen und in ein paar Monaten das niederzureißen, was Rathenau, Stresemann und Hermann Müller in mehr als einem Jahrzehnt aufgebaut haben. Die deutsche Außenpolitik wird heute nicht von dem zünftigen Diplomaten Neurath geführt, der sich zwar durch vollkommene Ideenlosigkeit auszeichnet, aber wenigstens die Formen, unter denen der Verkehr zwischen den Staaten üblich ist, wahr, sondern von ausgesprochenen Dilettanten, wie den Herren Rosenbergs und Göring, zu denen sich in den letzten Tagen noch Dr. Ley, der Führer der „Deutschen Arbeitsfront“ hinzugesellt und der seine außenpolitischen Fähigkeiten eben in Genf glänzend bewiesen hat. Auf diese Weise wird der Ring, den die anderen um Deutschland schmieden, immer enger.

## Mitten in der Nacht aus dem Bett heraus verhaftet...

Ueber diesen einzig dastehenden Fall von Gewaltanwendung gegen ein Mitglied des diplomatischen Korps meldet die amtliche Nachrichtenstelle folgendes:

Heute nachts kurz vor zwei Uhr erschien in der Wohnung des österreichischen Presseattachés Sektionsrat Dr. Wasserbäd, der der österreichischen Gesandtschaft in Berlin zugeteilt ist, ein Kommando der geheimen Staatspolizei mit dem Auftrage des preussischen Ministerpräsidenten Goerring, Sektionsrat Dr. Wasserbäd sofort zu verhaften.

Dr. Wasserbäd erklärte jedoch, daß er als Angehöriger der österreichischen Gesandtschaft in Berlin extraterritorial sei und daß die deutsche Reichsregierung diese Extraterritorialität bereits seit mehr als zehn Jahren immer wieder ganz natürlich anerkannt habe. Er sei nicht in der Lage, die geheime Staatspolizei freiwillig in seine Wohnung einzulassen, und müsse sich vorerst mit seinem Vorgesetzten in Berlin in Verbindung setzen. Dr. Wasserbäd erstattete sodann sofort dem österreichischen Gesandten in Berlin Lauschitz sowie dem Vorsteher des Bundespresidenten in Wien, Gesandten Ludwig und auch dem Bundeskanzler Dr. Dollfuß telephonisch Bericht und erhielt sodann vom Bundeskanzler telephonisch persönlich den Auftrag, seine Wohnung nicht

zu verlassen, sondern bloß der Gewalt zu weichen.

Inzwischen war nicht nur der Wohnungseingang besetzt, sondern das ganze Haus von Schutzpolizei umzingelt worden. Ein Polizeiantwortete vor der Haustür. Als dann gegen 4 Uhr morgens Sektionsrat Dr. Wasserbäd gerade im Begriffe stand, dem Bundeskanzler Dr. Dollfuß nochmals eine eingehende telephonische Darstellung zu geben, klingelte das Kommando der geheimen Staatspolizei nochmals an der Wohnungstür des Attachés und bestand unter Androhung der Gewaltanwendung auf der Verhaftung des Attachés, die dann auch im Schicksal von Dr. Wasserbäd erfolgte.

Noch im Laufe der Nacht zum Mittwoch wurde seitens der österreichischen Gesandtschaft in Berlin der schärfste Protest gegen die Verletzung der Extraterritorialität eines Angehörigen des diplomatischen Korps eingelegt.

Die Verhaftung Dr. Wasserbäds hat in Berliner diplomatischen, literarischen und journalistischen Kreisen lebhaftes Interesse hervorgerufen. Dr. Wasserbäd, der Priester ist, ist in literarischen Kreisen sehr gut bekannt. In Berliner diplomatischen Kreisen ist er infolge seiner mehr als zehnjährigen Tätigkeit in Berlin bekannt.

## Ein Schritt der Auslandsvertreter.

Wie die Wiener Abendblätter melden, steht ein Kollektivschritt der in Berlin akkreditierten diplomatischen Vertretungen sämtlicher Mächte bei der Reichsregierung bevor. Diese Demarche des auswärtigen diplomatischen Korps erfolgt im Auftrage der Regierungen, um zu dokumentieren, daß es sich hier um einen prinzipiellen Fall handelt, indem bisher unangestaltete völkerrechtliche Grundfälle einseitig und mit größter Beschleunigung vertheidigt werden.

## Habicht abgeschafft.

Linz, 14. Juli. Nach einer Mitteilung des Bundeskanzleramtes an die deutsche Gesandtschaft ist Reichstagsabgeordneter Sabicht in Begleitung von zwei Sicherheitsbeamten in seinem eigenen Auto von Linz an die Grenze nach Passau gebracht worden.

## Wasserbaeck kommt nach London.

Berlin, 14. Juni. Der aus dem Reichsgebiet ausgewiesene Leiter der Presseabteilung der Berliner österreichischen Gesandtschaft Dr. Erwin Wasserbaeck hat Deutschland bereits verlassen. Er ist von der österreichischen Regierung nach London verlegt worden.

## Die englische Presse über Oesterreich.

London, 14. Juni (AP). Die „Times“ kommentieren in ihrer heutigen Morgenausgabe in sehr energischen Ausdrücken die letzten Ereignisse in Oesterreich. Die Situation, die durch die Einmischung der deutschen Nationalsozialisten in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs hervorgerufen wurde, rufe große Befürchtungen in Großbritannien hervor.

## Steidle Vizepräsident der Ravag

Wien, 14. Juni. Der Verwaltungsrat der Ravag kooptierte heute den Führer der Tiroler Heimwehren Landesrat Dr. Steidle in den Verwaltungsrat und wählte ihn gleichzeitig zum dritten Vizepräsidenten der Ravag. Der Einfluß der Heimwehren auf die österreichische Rundfunkgesellschaft ist damit noch erweitert worden.

## Die braunen Verbrecher erneuern Oesterreich.

Wien, 14. Juni. (Eigenbericht.) Die Terrorakte der Nationalsozialisten dauern weiter an. Dienstag nachts wurden drei Heimwehrleute auf der Straße überfallen und von Revolverkugeln verletzt. Einer von ihnen lebensgefährlich. Der Anschlag wurde von einem Auto aus verübt. Die Täter entkamen. Die Nazis haben Brandbomben organisiert, die im Laufe des heutigen Tages Brandbomben in Geschäfte und Telefonanlagen warfen, so daß die Wiener Feuerwehr nur mit großer Mühe größere Brandschäden zu verhindern vermochte. In Wödling wurden 130 Halbkreuzer von der Polizei gestellt und ihr Führer in Haft genommen. Dabei kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Nationalsozialisten.

## Nächtliche Telephongespräche zwischen Dollfuß und Neurath.

Aus der Umgebung des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß, der gegenwärtig in London zur Weltwirtschaftskonferenz weilt, wird hiezu weiters mitgeteilt:

Bundeskanzler Dr. Dollfuß rief noch in der Nacht den Reichsaußenminister Baron von Neurath in seinem Londoner Hotel an, teilte ihm den Vorfall mit und ersuchte um Abstellung. Von Neurath erklärte, daß er von Berlin keine Nachrichten habe und daß es sich vermutlich um eine Gegenmaßnahme gegen die Verhaftung des reichsdeutschen Abgeordneten Sabicht handle; er werde sich sofort über diese Angelegenheit mit Berlin in Verbindung setzen.

Inzwischen wurde um 3 Uhr 50 die Verbindung mit der Wohnung Dr. Wasserbäds in Berlin wiederhergestellt. Dr. Wasserbäd schilderte der Londoner Gesandtschaft seine Lage und teilte mit, daß eben die Organe der Staatspolizei an seine Wohnungstür pochen und Einlaß begehrten. Eine Frau, offenbar die Haushälterin, begab sich sodann, als die Stimme Wasserbäds am Telefon verstimmt, zum Apparat und schildert jetzt folgenden Vorgang:

Dr. Wasserbäd öffnet die Tür seiner Wohnung und läßt die Organe der Staatspolizei ein. Diese erklären: „Wir haben den Auftrag, Sie festzunehmen.“ Doktor Wasserbäd: Haben Sie von Ihren vorgesetzten Behörden den Auftrag erhalten, mich auch dann mit Gewalt wegzuführen, wenn ich mich der Verhaftung widersetze? Diese Frage wird bejahend beantwortet, worauf Dr. Wasserbäd mit Gewalt aus der Wohnung geführt wird.

Auf diesen Tatbestand hin versuchte Bundeskanzler Dr. Dollfuß noch einmal mit Baron Neurath zu telefonieren, um formalen Protest einzulegen. Der Kabinettschef Baron Neurath teilte jedoch mit, dieser lasse den Bundeskanzler bitten, ihm erst am Morgen Mitteilung zu machen. Um 9 Uhr 15 telephonierte dann Baron Neurath dem Bundeskanzler Dr.

Dollfuß, daß er noch immer keine Bestätigung der Vorgesagten aus Berlin habe.

Um 12 Uhr 15 teilte der Kabinettschef des Reichsaußenministers im Auftrage desselben mit, Baron Neurath lasse dem Bundeskanzler mitteilen, er habe sich unverzüglich nach telephonischer Fühlungnahme mit Berlin in Verbindung gesetzt und festgestellt, daß die Verhaftung des Dr. Wasserbäd von der preussischen Polizei vorgenommen worden sei. Reichkanzler Hitler habe angeordnet, daß Dr. Wasserbäd sofort enthaftet werde.

## Die Reichsregierung war gezwungen...

### Eine unverschämte reichsdeutsche Darstellung.

Das Berliner offizielle Conti-Büro meldet, daß der österreichische Presseattaché als „Gegenmaßnahmen“ gegen die Verhaftung des Presseattachés Sabicht aus dem deutschen Reichsgebiet ausgewiesen wurde. Der österreichischen Gesandtschaft sei mitgeteilt worden, daß Dr. Wasserbäd sofort das deutsche Reichsgebiet zu verlassen habe.

Das Conti-Büro erklärt, die Verhaftung Sabichts sei ein „Bruch des Völkerrechtes“, der die deutsche Reichsregierung zu der Gegenmaßnahme der Verhaftung Dr. Wasserbäds gezwungen habe, nachdem trotz dem eingelegten Protest die Verhaftung Sabichts und die Ankündigung seiner Ausweisung aus Oesterreich nicht rückgängig gemacht worden sei. Demnach ist also die Ausrede Neuraths dem Bundeskanzler gegenüber, daß es sich um eine Maßnahme der preussischen Polizei handle, hinfällig geworden!

Das Conti-Büro stellt weiter die Behauptung auf, daß Sabicht in der unwürdigsten Weise behandelt und untergebracht sei, so daß er schließlich aus Protest in den Hungerstreik treten mußte. Die Behandlung Doktor Wasserbäds sei auf jeden Fall in Konjunktiven

terstützung durch die österreichische Sozialdemokratie nicht verzichten. Es ist daher sehr ungeschickt und gefährdet Österreichs Demokratie, wenn die christlichsozialen Regierung den Schlagschlag auf die Presse der Arbeiterbewegung unter Vorgesetzter stellt, den Verfassungsschutzhof arbeitsunfähig macht und sogar die Volksadresse der Sozialdemokratie an den Bundespräsidenten konfiszieren. Das läßt darauf schließen, daß Dollfuß war nicht den Nationalsozialismus, aber die besondere Zwitterart des österreichischen Faschismus, nämlich die Heimwehrdiktatur anstrebt. Gerade die einzigen Kreise in

Österreich, welche es auf alle Fälle verhindern wollen, daß das Diktatorium in Österreich zur Herrschaft gelangt, mühten bestrebt sein, alle Kräfte, die gegen das Diktatorium in Bewegung gesetzt werden können, zu sammeln, um dadurch dauernd die braune Pest von Österreich fernzuhalten.

Deutschland aber steht in der Welt allein und das Urteil, das die Geschichte über Hitlers Außenpolitik fällen wird, wird noch vernichtender sein als das Urteil, welches sie über die Außenpolitik Wilhelms II. bereits gefällt hat und das lautet: Grenzenlose Unfähigkeit.

das durch die Ereignisse des Weltkrieges direkt erfaßt wurde und auf welchem dessen wirtschaftliche Folgen und die Schwierigkeiten der Neuorganisation Europas schwer lasten.

Im Hinblick auf die allgemeine Last der öffentlichen Schulden müsse schnellstens die Frage dieser Schulden gelöst werden, denn sonst ist eine finanzielle Gesundung vieler Staaten nicht möglich. Die Währungsstabilisierung und insbesondere die Stabilisierung der Hauptwährungen der Welt ist die erste Bedingung einer Besserung der Weltwirtschaftssituation. Der Währungsstandard der Welt als internationaler Währungsmaßstab sollte ehestens erneuert werden. Die Verabschiedung der Preise, und insbesondere die allzu rasche und allzu durchgreifende Verabschiedung der Preise der Rohstoffe hat die Wirtschaftslage sowohl innerhalb der einzelnen Staaten wie auch in internationaler Hinsicht verschlechtert. Die Anpassung der Preise und die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus muß in jedem einzelnen Lande im Hinblick auf die Verhältnisse des Erzeugungsmarktes erfolgen.

### Fortgesetzte Sabotage der Arbeitgeber in Genf.

Genf, 14. Juni. Der Ausschuss für Arbeitszeitverkürzung sprach in seiner heutigen Vormittagsberatung die Hauptgrundsätze aus, auf Grund welcher das Internationale Arbeitsamt selbst den Fragebogen für die Regierungen zusammenstellen wird. Die siebzehnte Arbeitskonferenz wird dann einberufen werden, um diese Grundsätze anzunehmen und zu entscheiden, ob dieses Problem in der nächsten Konferenz-Tagung in der Schlussdebatte durchberaten und ob im Jahre 1934 bereits die vorläufigen Anträge für das Abkommen oder Anträge zur Empfehlung der Arbeitszeitverkürzung vorbereitet werden sollen.

Die Debatte im Ausschuss für die Arbeitszeitverkürzung war heute sehr schwierig.

Die Vertreter der Arbeitgeber zeigen offenbar das Bestreben, die endgültige Annahme auch der Grundsätze zu verhindern, welche von der vorbereitenden Konferenz für die Arbeitszeitverkürzung im Januar d. J. festgestellt wurden.

## Große Reden in London.

London, 14. Juni. In der heutigen Sitzung der Weltwirtschaftskonferenz brachte Macdonald einen amerikanischen Vorschlag zur Kenntnis, daß man im Verlauf der Konferenz eine Entscheidung über die Frage des Zollwaffenstillstandes zur Beratung stellen sollte. Macdonald hält es nicht für notwendig, im Augenblick darüber einen Beschluß zu fassen, da der bereits beschlossene Zollfriede bis Ende Juli laufe. Macdonald forderte die Staaten, die dieses Abkommen noch nicht unterzeichnet haben, auf, diesen Schritt möglichst bald nachzubohlen.

Nach dem amerikanischen Staatssekretär Hull ergriß in der Generaldebatte der Weltwirtschaftskonferenz der sowjetrussische Delegierte Litwinow das Wort, der die in der gesamten übrigen Welt herrschenden chaotischen Verhältnisse mit den Lebensbedingungen im heutigen Sowjetrußland verglich, von denen er erklärte, daß sie jener Merkmale entbehren, unter denen heute die übrigen Staaten leiden. Litwinow verwies sodann auf die Ausfuhrfähigkeiten der Sowjetunion und forderte die Delegierten auf, eindeutig zu erklären, wie die Ausfuhrfähigkeiten ihrer Länder für die Einfuhr beschaffen sei. Litwinow sprach sich sodann dafür aus, daß jede Diskriminierung in Angelegenheit der Einfuhr und Ausfuhr sowie alle Formen des offiziellen Boykotts eingestellt werden. Die Sowjetunion spreche sich nicht gegen einen Zollwaffenstillstand aus, der, wie Litwinow erklärte, nur dann wirksam werden könne, sobald die Staaten von ihren bisherigen Maßnahmen des Wirtschaftskrieges Abstand nehmen. Litwinow schlägt daher vor, daß diese Maßnahmen in der Zeit der Verkündung des Zollwaffenstillstandes unterdrückt werden.

Was die Erneuerung der internationalen Bewegung des Kapitals anbelangt, so muß ein Unterschied gemacht werden zwischen den Maßnahmen, die die Wareneinfuhr beschränken, zwischen der durch die Notwendigkeit und die Garantie diktierter Kontrolle, damit die ausgeführten Waren auch tatsächlich bezahlt werden, und zwischen jeder anderen Kontrolle der Kapitalbewegung.

In der Fortsetzung der Generaldebatte sprach Bundeskanzler Dollfuß, der gegen jede Abwertung und Inflation auftrat und sich für die Regulierung der Produktion und der Ausfuhr einsetzte.

Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benes sprach in seiner Funktion als Vorsitzender des Ständigen Rates der Kleinen Entente heute zum ersten Male in der Nachmittagsitzung der Weltwirtschaftskonferenz; im Namen aller drei Staaten der Kleinen Entente auf dem Internationalen Weltforum.

Die Beseitigung der Hindernisse des internationalen Handels darf allerdings nicht in der Form eines indirekten Protektionismus im Wege von beratenden Maßnahmen in veterinär-sani-tärer Hinsicht und ähnlichem erfolgen.

Der britische Finanzminister Chamberlain gab zu, daß die Rückkehr Englands zum Goldstandard im Jahre 1925 vollkommen mißlungen sei. Seiner Ansicht nach müsse die finanzielle und Währungsseite des Wirtschaftsproblems gleichzeitig gelöst werden; Großbritannien werde vorschlagen, daß das Preisniveau erhöht werde. Eine weitere Verabschiedung der Produktionskosten zeige sich fast undurchführbar. Sehr wichtig sei die Endlösung der Kriegsschuldenfrage. Großbritannien sei auch zur Prüfung der Mittel bereit, wie durch Regierungshilfe die Arbeitslosigkeit bekämpft werden könne. Zuerst müsse die Stabilisierung der Devisenkurse zwischen den großen Staaten erfolgen; das Endziel müsse die Erneuerung des Goldstandards und die Verhinderung der Schwankungen der Kaufkraft des Geldes sein. Kein Schutzolltarif dürfe das Maß überschreiten, das den heimischen Erzeugern die Gleichberechtigung mit den ausländischen Konkurrenten verbürge. Das beste Mittel zur Erreichung eines Tarifabkommens sei eine Reihe von bilateralen Verträgen. Ausfuhrprämien mühten herabgesetzt, eventuell gänzlich aufgehoben werden.

Nach kurzer Einleitung formulierte Dr. Benes den Standpunkt der Kleinen Entente. Er sagte u. a.: Wenn die Staaten Westeuropas und andere große Staaten von der Wirtschafts- und Finanzkrise der Welt in ihren Interessen und deren Umfang betroffen wurden, wurden unsere Staaten durch diese Krise noch mehr betroffen, da sie einen Bestandteil jenes europäischen Gebietes bilden,

Was die Zollpolitik betrifft, muß auf einer so gemäßigten Zollpolitik beharrt werden, die das absolute Gegenteil der ungesunden und undurchführbaren Autarkieidee ist.

Auf dem Gebiete der Handelspolitik muß das Prinzip der allgemeinen Geldendmachung der Weisbegünstigungsklausel betont und allerdings Ausnahmen, die besonders festgesetzt werden von dieser Klausel zugelassen werden.

### Frankreich zahlt auf keinen Fall!

Paris, 14. Juni. Der Londoner Berichterstatter des "L'Express" verzeichnet folgende Antwort des Ministerpräsidenten Daladier auf die Frage, ob sich der Standpunkt Frankreichs in der Schuldenfrage ändere, wenn Amerika das Prinzip der zehnpromzentigen Ratenzahlung Englands zum 15. Juni annehme: "Für Frankreich wurde die Schuldenfrage ein für alle Mal entschieden" sagte Daladier. Damit meint der Ministerpräsident den prinzipiellen Beschluß der französischen Kammer im Dezember vorigen Jahres, daß nämlich Frankreich keine Schuldenraten bezahlen werde, da es über Ersuchen Amerikas in Lausanne die deutschen Reparationen gestrichen hat.

Die Staaten der Kleinen Entente erachten es als unerlässlich, daß an der Schaffung internationaler Industrieabkommen gearbeitet werde. Die Staaten der Kleinen Entente sprechen sich auch für den Plan des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich der großen internationalen öffentlichen Arbeiten aus, die einerseits den Arbeitslosen in den verschiedenen Staaten Arbeit beschaffen und andererseits Ländern helfen könnten, die in dieser Hinsicht nicht hinreichend ausgestattet sind.

### England zahlt.

London, 14. Juni. (Reuter.) Schatzkanzler Neville Chamberlain erklärte heute um 22 Uhr im Unterhaus, die Regierung Großbritanniens bedauere, daß die Vereinigten Staaten ihrem Ersuchen, die Rate zum 15. Juni aufzuschieben, solange nicht eine Aussprache über die ganze Kriegsschuldenfrage erfolgt ist, nicht entsprochen haben. Die Regierung Großbritanniens möchte den Vereinigten Staaten den Vorschlag, daß die als Anerkennung ihrer Schuld am 15. Juni zwar nicht die ganze Rate, sondern bloß zehn Millionen Dollar bezahlen werde. Der Präsident der Vereinigten Staaten Roosevelt erklärte, daß er im Geiste der Zusammenarbeit dieses Angebot annehme, ohne dadurch sich oder andere Regierungen für spätere Verhandlungen zu binden.

### Von der SPD.

Der "Vorwärts" kann nur im Auslande erscheinen.

Die Hitlerregierung verbreitet durch ihre Agenturen jetzt täglich Meldungen über eine Ablehnung der angeblich in Prag gebildeten "Reichsleitung" der SPD durch die SPD in Deutschland, über bevorstehende Ausschlüsse der ins Ausland gegangenen langjährigen Führer der Partei aus ihr und dergleichen mehr. Dazu können wir sagen, daß, wenn die Hitlerregierung, die der SPD ihr gesamtes Eigentum gestohlen hat, und die jetzt sogar Parteibeiträge von SPD-Mitgliedern durch Nazis einziehen läßt, Erklärungen im Namen dieser Partei abgibt, diese Erklärungen dann auch danach sind. Die Behauptung von der Einföhrung einer Reichsleitung im Auslande ist vollkommen grundlos, das Prager Büro denkt gar nicht daran, sich eine solche Bezeichnung beizulegen und Breitscheid, der als Mitglied dieser Reichsleitung genannt wird, ist gar nicht in Prag. Die wirkliche Stimmung in der SPD wird wahrscheinlich nicht gerade den Agenten des Herrn Hitler mitgeteilt werden. Die Meldungen über eine Ausschließung der Genossen Breitscheid, Stampfer, Bogel und Wels entsprechen also vielmehr Absichten der Hitlerregierung. Sie werden vielleicht auch versuchen, durch Erpressung diese Ausschließungen zu erzwingen.

Möglich ist auch, daß sie in Berlin einen gleichgeschalteten "Vorwärts" herauszugeben versuchen werden. Aber solange dieses Regime besteht, kann und wird ein "Vorwärts", der die Wahrheit über Hitler-Deutschland sagt, und der die Sozialdemokraten ehrlich vertritt, nur im Auslande erscheinen.

## Die Sache mit Borris

Kriminalroman von Grete Harwig

Die Dame, die das Zimmer innehatte, ehe Lillian Band einzog, die hatte einen Bräutigam, da gab es laute Auseinandersetzungen. Eisenstufen, Wutausbrüche, da brauchte man gar nicht bis an die Türe zu gehen, das hört man durch die ganze Wohnung. Na schön, denn nicht! Es würde sich schon einmal die Gelegenheit ergeben! Gott! Es war ja auch nicht Neugier, aber als Hausfrau wußte man eben gern über seine Mieter Bescheid.

"Kuhland gab den großen Aufstand, der Zar war gestürzt, Lenin nahm seinen Platz ein, für das russische Reich war der Krieg zu Ende, zugleich begannen die imperialistischen Heere sämtlich in den Krieg verwickelter Staaten zu verfallen, offene und geheime Rebellion griff um sich, Arbeiter, Soldaten, Bauern kamen zur Besinnung und blödsinnig klammerten hier und dort große Revolutionen auf, rote Fahnen wehten auf Regierungsgebäuden in Österreich, Bayern, Preußen, Italien, ja sogar auf dem Balkan, das Proletariat aller Länder erhob sich stierisch."

"Es waren blutige Zeiten," logte Lillian ägernd.

"Es waren herrliche Zeiten!" rief Borris.

"Herrliche Zeiten! Und als ich auf einige Wochen nach Hause kam, war alles in einem Arbeits-taumel! Ich, Lillian, du weißt ja nicht, was alles auf dem Spiele stand! Achtsundzwanzig, Frauenstimmrecht, Altersversicherung, Wohnkultur, Gesehensreform, Trennung von Kirche und Staat, Kinderfürsorge, Eherecht, Empfangsüberhöhung, Kriegsgegnerschaft, oh, so vieles, was selbstver-

ständlich sein sollte und was die Mächtigen immer wieder zu sabotieren oder gewaltsam zu unterdrücken suchten. Ich muß sagen, damals waren wir alle einig und tätig dabei. Ueber Nacht wurden Indifferente Agitatoren, ein Redner löste den anderen ab, Resolutionen - von Tausenden bejubelt - wurden gefaßt, aber ehe sich noch Nationalismus in fruchtbarer Arbeit, Ueberzeugung, in Reform, Erkenntnis, in Hilfe wandeln konnte, hatten wir die ersten Verhaftungen. Das war damals, als ich dir schrieb, ich würde das nächste Semester in Deutschland inskribieren."

"Ja, ich weiß. Weil die Universitäten in Deutschland besser seien. Ich erinnere mich."

"Das war der Grund für dich und für meine anderen Freunde. In Wahrheit, um revolutionäre Bücher ohne drohende Hausdurchsuchungen lesen zu können, um Vorträge hören und halten zu können und vor allem, um meine Korrespondenz mit Ruhland nicht überwacht zu sehen. Nach zwei Jahren kehrte ich nach Hause zurück, geküßt, mit Aufträgen, beobachtete die Reaktion, die dort neuerdings unbeschränkt herrschte, betrieb Agitation, schrieb Berichte. Als mir der Boden unter den Füßen zu heiß wurde - wir lagten in Keller-lokalen - entkam ich noch zur rechten Zeit. Nach Deutschland, nicht nach Ruhland, es war ein Fehler. Nun läßt ein alter Prozeß in zweiter Instanz, Briefe von mir befinden sich in den Händen der rumänischen Geheimpolizei, man suchte mich als Zeugen, das ging mir weiter nicht nach. Jetzt aber bin ich angeklagt: Staatsfeindliche Propaganda. Jetzt ist es höchste Zeit, daß ich nach Ruhland komme."

"Woher weißt du, daß du angeklagt bist?"

"Der diffidierte Brief eines Genossen erreichte mich gestern. Ich schrieb sofort nach Moskau um Geld und Papiere, die mir die Flucht ermöglichen sollen. Aber, bis ich Antwort von dort bekomme, ist es vielleicht schon zu spät. Jetzt weißt du, wie es um mich steht." Borris schwieg erschöpft.

"Ja, jetzt weiß ich es!"

Lillian nickte. Sie war blaß und ernst.

"Mir ist kalt. Ich werde die Hausfrau bitten, uns Tee zu kochen. Willst du, Borris?"

Borris nickte erschöpft und als die Hausfrau wenige Minuten später das Teetablet servierte, stand er am Fenster, so daß sie sein Gesicht nicht sehen konnte. Und das war sicher besser so. Lillian bediente ihn mit mütterlicher Sorgfalt. Alles in ihr war Mitleid und verständnisvolle Angst. Sie hatte seiner Erzählung wohl gespannt gelauscht, aber trotzdem nur das Neugierliche begriffen, die inneren Zusammenhänge, Motive und Auswirlungen waren ihr trotzdem rätselhaft geblieben.

"Du hast ja keine Ahnung, wie man gegen uns verfährt," fuhr Borris fort, indem er an der Tasse seine schönen, wenn auch etwas bäuerlichen Hände wärmte, "jedem Europäer würden sich die Haare vor Grauen sträuben, wenn er darüber wirklich Bescheid wüßte. Würde man uns nur den Prozeß machen und belämen wir ein paar Jahre Kerker, gut, auch im Gefängnis kann man arbeiten, an sich und für die Bewegung. Aber sie martern uns, sie wenden mittelalterliche Foltern an, sie erpressen sogenannte "Gefändnisse" auf die bestialischste Art, entkommen man ihnen dennoch, sei es durch Flucht oder irgendeine phantastische Hilfe, dann ist man an Leib und Seele gebrochen, ein Wreck, zu nichts mehr nütze und aller Kampf war umsonst."

"Aber - das ist doch nicht möglich, ob in Deutschland oder in Rumänien, es gibt doch Gesetze?"

"Gesetze? Wer macht die Gesetze? Wen beschützen sie? Steht nicht in der Bibel: "Du sollst nicht töten!" und hat man nicht Millionen Menschen in den Krieg gehetzt? Haben sie es nicht verstanden, die, denen der Krieg für ihre Ausbeutungspläne wichtig, ja notwendig war, ihrer Raubgier nationalistiche, moralische und religiöse Mäntelchen umzuhängen? Das Recht des Individuums auf Leben haben sie umgekehrt

in die Staatspflicht, zu sterben. Recht! Sorgt denn der Staat dafür, daß Hungernde Brot, Arbeitslose Arbeit, Obdachlose Wohnung und Kranke Pflege haben? Recht! Hätte eine Mutter nicht das Recht, wenn ihre fünf Kinder darben, das sechste nicht mehr zur Welt zu bringen? Wer gibt ihr dieses Recht? Wie oft packt uns Mitleid, das heißt: euch packt Mitleid, dich und andere Unorientierte, aber ihr zuckt die Achsel und könnt nicht helfen. Wieso könnt ihr nicht helfen, wenn es doch Gesetze gibt, die alles vernünftig in Ordnung bringen können, ohne Aufstand, ohne Gekrei, Mord und Totschlag? Wir empfinden allerdings kein Mitleid, nur Haß und Empörung! Not und Unterdrückung, das sind nicht zu unterschätzende Bundesgenossen. Aber Recht? Rechtsstaaten sind sie nur insofern sie keine Unrechtsstaaten sind. Falls du diesen Witz verstehst, teile ich dir mit, daß er nicht von mir ist."

Er lachte larzastisch und Lillian war erstaunt und ratlos. Er schwieg und sein Schweigen war für Lillian noch komplizierter als seine Reden.

"Ich verstehe eben nichts von Politik", sagte sie beinahe zufrieden, obwohl sie dabei nervös mit ihren langen, rosigglänzenden Nägeln auf die Tischplatte trommelte.

"Das ist natürlich dumm, was du da sagst! Du stehst doch mitten im Leben, mitten in einem Berufe. Du gehörst doch sogar einer Gewerkschaft an und du weißt sehr gut, daß die Theaterdirektoren eure Arbeitskraft bis zum letzten Tropfen auspressen würden, wenn ihr euch nicht solidarisch zur Wehr setzen würdet. Du weißt doch, daß es eines Kampfes bedurfte, ein paar Stunden vor der Vorstellung für euch zu haben. Ihr müßt also nur vormittags Probe halten, abends auftreten, aber der Nachmittag vor der Vorstellung gehört euch."

"Woher weißt du das?" fragte Lillian in ehrlicher Bewunderung. Es war das erstmal, daß ihr der Freund wirklich imponierte.

(Fortsetzung folgt.)

# „Die Arbeiter der Welt stehen zu dem Deutschland Goethes, aber nicht zu Hitler-Deutschland.“

## Von der Internationalen Arbeitskonferenz. Jonhauz behandelt Ley als „Gefängniswärter“.

Von einem Delegierten der Konferenz.

Genf, 12. Juni. Am Samstag, den 10. Juni begann die allgemeine Aussprache über die Verkürzung der Arbeitszeit. Schon der erste Redner, der dänische Arbeitgebervertreter, Dersted, erklärte für die genannte Unternehmerrunde mit Ausnahme des Vertreters der italienischen Arbeitgeber ganz eindeutig, daß diese dem Plane einer Herabsetzung der Arbeitszeit nicht zustimmen könne. Wollte man eine derartige Maßnahme allgemein und zwingend vorschreiben, so würde das nach der Auffassung der Arbeitgeber zu weitreichenden Störungen führen und schließlich das Arbeitsvolumen vermindern. Nur durch Maßnahmen gegen die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen sich die Weltwirtschaftskonferenz beschäftigt, könne die Frage der Arbeitslosigkeit gelöst werden. Sehr scharf wendete sich

Währungen, zur Verhinderung von Preisschwankungen und zur Steigerung der Kaufkraft der ganzen Bevölkerung. Ferner

**verlangt die Arbeitskonferenz Maßnahmen zur Beendigung des Wirtschaftskampfes zwischen den Nationen und die Ausführung großer öffentlicher Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.**

Die beschlossene Resolution wird auf der Londoner Konferenz von Genossen Jonhauz, der in den nächsten Tagen als Vertreter des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes zur Wirtschaftskonferenz fährt, begründet und vertreten werden.

In der Arbeitergruppe der Arbeitskonferenz gab es neuerliche scharfe Auseinandersetzungen, als es diese einstimmig bis auf Ley und Nazi ablehnte, Mitglieder der Hitlerdelegation und der italienischen Faschisten in die Kommissionen zu wählen. Der seine Herr Ley erging sich wieder in Frechheiten, behauptete mit eiserner Stirn, in Deutschland gehe alles in Ordnung, die Uebernahme der freien Gewerkschaften durch Hitlerorden sei ein Akt gewesen, der sich aus den großen Wahlsiegen der Nazi von selbst ergeben habe. Er sei bereit auf seine eigenen Kosten die ganze Arbeitergruppe mit nach Deutschland zu nehmen, um ihnen zu zeigen, wie herrlich schön es im Dritten Reich aussieht. Niemand werde verfolgt und mißhandelt, in den Konzentrationslagern sei alles auf das Beste bestellt. Ihm wurde die Frage zugerufen,

**ob ihm denn der Raub an den Gewerkschaften schon so viel eingetragene habe, daß er die ganze Genfer Arbeiterdelegation auf seine Kosten in ganz Deutschland herumführen könne.**

Unter stürmischer Zustimmung erhielt der Gleichschalter der Gewerkschaften Deutschlands von Genossen Jonhauz die verdiente Abfuhr. Er behandelte ihn so, wie es einem „Gefängniswärter“ zukommt, mit dessen Wissen und Zustimmung unschuldige Arbeiter und Menschen gequält werden, Gefangene, die für die Ehre und das Ansehen Deutschlands jahrzehntlang gearbeitet haben. Jonhauz sagte, daß es mit Dr. Ley und seiner Gefolgschaft kein Zusammenarbeiten gebe, denn er sei kein Gegner, sondern der Feind. Die Arbeiter der Welt stehen zu dem Deutschland Goethes, aber nicht zu Hitlerdeutschland mit seinen Schandakten gegen die Demokratie und gegen alle aufrechten Menschen. Mit Hilfe der Unternehmerrunde haben die beiden faschistischen Gruppen nachträglich Sitze in den Kommissionen zugeteilt bekommen. Mit den Unternehmern in der Vorschlagskommission stimmten nur drei Regierungsvertreter, der deutsche, der italienische und der japanische. Alle übrigen Regierungsvertreter der Vorschlagskommission haben sich der Abstimmung enthalten. So erhielt der Protest der Deutschen und der Italiener gegen den sonst einstimmigen Beschluß der Arbeiternehmergruppe auf Ausschaltung der Faschisten aus den Kommissionen neun Stimmen gegen die sechs Stimmen der Arbeiterdelegierten.

### Genosse Jonhauz gegen die Ausführungen der Arbeitgebergruppe.

die zwar das Bedürfnis zum Handeln verspürt, wenn sie Gelegenheit hat, dem einstimmig bekundeten Willen der Arbeitergruppe entgegenzutreten, beispielsweise in der Frage der Zusammenfassung der Konferenz und der Ausschüsse, die aber jede positive Arbeit zu verschleppen und zu sabotieren versuche. Er hält ihnen ihr Vorgehen auf der Jännerkonferenz vor, daß sie nun wiederholen wollen. Wenn man aber Maßnahmen zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit ergreifen wolle, so müsse das auch geschehen, sonst macht sich die Konferenz vor der Welt lächerlich. Es gehe nicht an, unter Hinweis auf die Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz in London die Beschlußfassung über ein Uebereinkommen in Sachen der Verkürzung der Arbeitszeit um noch ein ganzes Jahr zu verschieben. Ein großer Teil der Arbeitslosigkeit ist überdies nicht nur auf wirtschaftliche, sondern auf technische Ursachen zurückzuführen, was man nicht vergessen dürfe. Daß sich der Regierungsvertreter Hitlerdeutschlands in einer langen Rede, in der er das „neugesimmerte“ aufdringlich herausstrich, ebenfalls für die Verschleppung der Frage der Bierzigstundentage eintrat, überraschte niemanden. Wohlthuend unterschied sich die Stellung des schwedischen Regierungsvertreters Molin zu dem Hauptberatungsgegenstand der Konferenz. Er erklärte, daß man nicht zögern dürfe, einen entscheidenden Schritt zu tun, man solle also gleich die zweite Beratung vornehmen und diese nicht bis zur nächstjährigen Konferenz verschieben. Allem Anscheine nach beabsichtigen aber die Arbeitgebervertreter, mit allen Mitteln auf der jetzigen Arbeitskonferenz ein Zustandekommen einer Vereinbarung zu verhindern. Die Entscheidung liegt somit bei den Regierungsvertretern. Von der Arbeitergruppe wird das Möglichste getan, um ein internationales Abkommen schon diesmal zu erreichen.

Vor Beginn der Aussprache über die Verkürzung der Arbeitszeit beschloß die Arbeitskonferenz eine Resolution, die an die Londoner Weltwirtschaftskonferenz gerichtet ist. Darin werden Maßnahmen verlangt zur Stabilisierung der

# Frankfurter SA wegen Disziplinbruchs aufgelöst. Revolte gegen Hitler.

Frankfurt am Mai, 11. Juni. Die gesamten Stürme der Groß-Frankfurter SA wurden wegen Disziplinbruchs aufgelöst; sämtliche Unterführer wurden ihrer Stellung enthoben. Rund 1800 Mann wurden aus der SA ausgeschlossen; die Ortsgruppenleitung wurde ersucht, den Ausschluß auch aus der Hitlerpartei zu vollziehen. Die Neubildung der Frankfurter SA hat ein Münchener Sonder-Kommissar übernommen.

Wir erfahren hierzu folgendes: In der Frankfurter SA, die sich zu einem großen Teile aus proletarischen Elementen und vielen früheren Kommunisten zusammensetzt, gärt es seit langem. Um die Unzufriedenheit abzulenkten, wurden in der letzten Zeit des öfteren Aktionen gegen Kommunisten und Sozialdemokraten angelegt; diese Aktionen haben den gewünschten Zweck jedoch nicht erreicht, es kam vielmehr bei mehreren Gelegenheiten zu offensichtlichen Verbrüderungen. Schon am 11. Mai wurde auf einer Mitglieder-versammlung der Frankfurter SA eine Resolution vorgelegt, in der von Hitler der endgültige Bruch mit Hugenberg und eine radikalistische Politik gefordert wird; dem anwesenden SA-Oberführer, Reichstagsabgeordneten von Jagow, gelang es, diese Resolution abzubrechen mit dem Hinweis, daß die erhobenen Forderungen ohnehin schon während der nächsten Zeit erfüllt würden. Auf eine Zwischenfrage antwortete Jagow, der „Bierjahrplan“, der in allen Einzelheiten noch im Mai veröffentlicht würde, werde automatisch den Bruch Hitlers mit der Reaktion bringen.

In der zweiten Hälfte des Monats Mai wurden, um Beruhigung zu schaffen, große Teile der SA nach der Pfalz abkommandiert; die Terroraktionen, die sich in den vergangenen Wochen gerade in der Pfalz mit besonderer Grausamkeit abgepielt haben, kommen im wesentlichen auf das Konto dieser Abkommandierten. Ein Teil dieser Leute ist inzwischen wieder nach Frankfurt zurückberufen worden, da die Gauleitung der Pfalz ihre weitere Beschäftigung abgelehnt hat; diese Rückberufung, gegen die sich die SA-Leute heftig gewehrt haben, hat die Frankfurter Atmosphäre außerordentlich verschärft und schließlich zur Explosion gedroht.

In einer Mitgliederversammlung am 5. Juni trat ein SA-Unterführer auf und erklärte unter

stürmischer Zustimmung der versammelten SA-Leute, die Abkommandierung nach der Pfalz sei offenbar erfolgt, weil man die „echten Sozialisten loswerden“ wolle; die SA verlange jetzt endlich ganze Arbeit. Man solle sagen, was werden wird; durch Hausdurchsuchung bei Marxisten, durch Mißhandlung von Frauen und Kindern und durch die Beförderung jugendlicher Prinzen zu Oberpräsidenten (gemeint ist die Ernennung des Prinzen von Hessen zum Oberpräsidenten von Hessen) könne kein Sozialismus. Mit dem Rufe „Wo bleibt der sozialistische Bierjahrplan?“ verließ der Redner die Tribüne.

Der anwesende SA-Oberführer von Jagow hatte während der Rede vergeblich versucht, zu unterbrechen; als er anschließend reden wollte, wurde er niedergeschrien. Er verließ mit seiner Begleitung den Saal; die SA-Leute blieben jedoch sitzen und sangen ihre Lieder, sobald irgend jemand, der als Linientreu galt, reden wollte. Schließlich wurde die Absendung eines Telegramms an Hitler beschlossen mit folgendem Text:

**„Frankfurter SA fordert das sozialistische Programm und den sozialistischen Bierjahrplan. Frankfurter SA fordert bindende Antwort binnen drei Tagen.“**

Auf Grund dieses ultimativen Telegramms erfolgte die Auflösung der gesamten SA. Da der größte Teil der Leute bewaffnet ist, die freiwillige Herausgabe der Waffen aber ablehnt, ist zurzeit eine große Polizeiaktion im Gange, um die Entwaffnung mit Gewalt durchzuführen; die angestellten Hausdurchsuchungen haben bisher aber nicht ein einziges Gewehr zulage gefördert.

# Bauern fordern Enteignung des Großgrundbesitzes.

Berlin, 13. Juni. In Königsberg fand am vergangenen Sonntag eine große, aus allen Teilen der Provinz Ostpreukens besetzte Tagung der Bauernschaft statt. Diese Tagung, an der als offizieller Vertreter der Reichsregierung und des nationalsozialistischen Parteiführers Hitler der Oberpräsident der Provinz Ostpreukens, Koch, teilnahm, beschäftigte sich zunächst mit organisatorischen und technischen Fragen. Im zweiten Teil wurden Probleme der Agrarpolitik behandelt; hierbei kam es zu stürmischen Austritten. Schon bei dem Referat, das ein Mitglied der agrarpolitischen Zentrale der Hitlerpartei hielt, wurde an mehreren Stellen erheblicher Widerspruch laut, — die Diskussion aber drohte die Tagung buchstäblich zu sprengen.

Zahlreiche Redner standen auf und wiesen auf den kassenden Gegensatz hin zwischen den Versprechungen der nationalsozialistischen Partei und den Taten der Hitler-Regierung; es seien, so führte ein Redner aus, insbesondere die Bauern gewesen, die das nationalsozialistische System untermauert und ihm schließlich zum Siege verholfen hätten, nachdem durch viele Jahre hindurch Hitler mit stärksten Worten eine konsequente Bauernpolitik gepredigt habe. Der Erfolg aber sei mehr als mäßig; heute gehe es den Bauern schlechter denn je, und der Großgrundbesitz stehe so fest im Sattel, wie es nicht einmal vor dem Kriege der Fall gewesen wäre.

Als die ersten Angriffe vererbt waren, nahm der Oberpräsident Koch das Wort und versuchte, das Versagen Hitlers mit außenpolitischen Gründen zu erklären und zu entschuldigen; er sprach unter anderem von den großen Schwierigkeiten, die sich in der ganzen Welt der nationalsozialistischen Revolution in den Weg gestellt hätten und auf die Hitler vorerst Rücksicht nehmen müsse. Die Rede des Oberpräsidenten wurde mit eifrigem Schreien aufgenommen; nach ihm sprach ein Bauer und entgegnete unter stürmischer Heiterkeit, ob er, der Oberpräsident, und ob Herr Hitler denn glaube, daß etwa Frankreich protestieren werde, wenn man mit einem kühnen Federstrich den ganzen ostpreukischen Großgrundbesitz enteigne?

Als einer der gemäßigten Redner die Schuld auf die Politik des Reichsministers Hugenberg abzuschieben sich bemühte, da wurde er ununterbrochen mit der wiederholten Frage, ob denn Hugenberg oder Hitler der Reichskanzler sei; der Schluß seiner Rede ging in völligen Tumult unter. — Schließlich wurde die Absendung eines Telegramms an den Reichskanzler mit Einstimmigkeit beschlossen, in welchem die sofortige Enteignung des ostpreukischen Großgrundbesitzes gefordert wird und seine Aufteilung an Bauern und zu Siedlungszwecken; der Reichskanzler wurde ferner gebeten, innerhalb der nächsten Tage einen Zeitpunkt zu nennen, an welchem er eine Abordnung zum Vortrag über die Lage der ostpreukischen Bauernschaft empfangen werde.

# Sittliche Erneuerung.

Paris, 14. Juni. (Eigenmeldung.) Die Pariser Presse bringt über die Zwischenfälle bei dem Münchner Kongreß der katholischen Gesellschafter eine sensationelle Einzelheit. Nach diesen Meldungen wurde der Saal, in welchem der Kongreß tagte, von SA-Leuten umzingelt und die Teilnehmer von den Brausebänken überfallen und furchbar zugerichtet. Mit Stabruhen stürmten die SA-Banden den Kongreß und hieben wahllos auf die völlig wehrlosen Menschen ein. Einer der Mißhandelten, ein Mainzer Domherr, soll seinen Verletzungen, die er bei dieser Erneuerungsaktion des deutschen Volkes erhalten hat, bereits erlitten sein, fünf Schwerverletzte liegen in Spitälern.

# Industriedirektoren verhalten.

Berlin, 14. Juni. Die Direktoren der großen sächsischen Industriewerke, der „Sächsische Werke A.G.“, Hille und Woehrie sind in der vergangenen Woche verhaftet worden. An ihrer Stelle wurden zwei Nationalsozialisten eingesetzt. Diese Nachricht, die in der Presse nicht veröffentlicht wurde, rief unter den amerikanischen Bankiers in Berlin große Aufregung hervor, da diese um das Schicksal der amerikanischen Anleihe besorgt sind, die der erwähnten Gesellschaft im Jahre 1927 gewährt wurde.

# Blutige Zusammenstöße zwischen Nazis und Kommunisten.

Hamburg, 12. Juni. In Hamburg kam es in der Nacht vom 11. zum 12. Juni zu blutigen Zusammenstößen zwischen SA-Leuten und Angehörigen der kommunistischen Partei. Ein Nationalsozialist wurde getötet, vier wurden schwer, bzw. leichter verletzt. Als die herbeigerufene Polizei an dem Tatort eintraf, hatten sich die Kommunisten unter Mitnahme ihrer eigenen Verbundenen bereits zurückgezogen; Verhaftungen konnten nicht vorgenommen werden. Die sofort angestellten Ermittlungen hatten bisher keinen Erfolg.

# 254 ausländische Zeitungen in Deutschland verboten.

Die Tschechoslowakei hält mit 66 den Rekord.

Berlin, 14. Juni. Zum Stichtage des 1. Juni war in Deutschland die Verbreitung von 254 ausländischen Zeitungen, meist „bis auf weiteres“ verboten. Es handelt sich dabei um Blätter aus mehr als zwanzig europäischen und außereuropäischen Staaten. Auf der Verbotsliste sind vertreten: Amerika mit 9, Argentinien 2, Belgien 7, Kanada 2, Dänemark 4, Danzig 3, England 5, Frankreich 31, Holland 9, Lettland 2, Litauen 1, Luxemburg 5, Oesterreich 37, Polen 24, Rumänien 1, Saargebiet 4, Schweden 1, die Schweiz 26, Sowjetrußland 9, Spanien 2 und die Tschechoslowakei mit 66 Zeitungen.

# Ley wird in Genf boykottiert.

## Die Arbeitervertreter verhandeln nicht mit den Hitlerlasten

Genf, 14. Juni. Der „Arbeitervertreter“ Ley hat eine neue Skandalaffäre hervorgerufen, welche in Genf größte Empörung ausgelöst hat. Ley erklärte bei einem Empfang deutscher Journalisten, daß auf der Arbeitskonferenz „solche idiotische Staaten wie Bolivien, Uruguay und Kuba vertreten seien, die gleiche Rechte beanspruchten wie Kulturträger vom Range Deutschlands und Italiens. In Genf herrsche reiner Marxismus“. Der ewig besoffene Vümmel hatte dann noch die Frechheit, den Posten eines Vizepräsidenten der Kommission für Arbeitszeitverkürzung zu verlangen, wurde aber abgelehnt, obwohl sich die Arbeitgeber und die Regierungsvertreter von Deutschland und Italien für ihn einsetzten!

Heute vormittags verkehrten die Arbeitervertreter den deutschen Arbeiterdelegierten den Zutritt zu der Sitzung der Arbeitergruppe und sie beabsichtigen, die Deutschen von allen Arbeiterberatungen für die ganze Dauer der 17. Arbeitskonferenz auszuschließen. Außerdem werden morgen die Arbeitervertreter in der Plenarsitzung der Konferenz Protest gegen den beleidigenden Inhalt der Ley-Unterredung mit den deutschen Journalisten erheben.

# Ausschaltung der Gleichschalter.

Genf, 14. Juni. Die internationale Arbeitskonferenz bildete eine 60gliedrige Kommission, die über die internationale Regelung der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung aller Arbeiter und Beamten betreffenden Abmachungen verhandeln soll. Zum Vorsitzenden

dieser Kommission wurde der polnische Arbeitsminister Dr. Jurkiewicz gewählt. Die Tschechoslowakei ist in der Regierungsgruppe durch Dr. Stern für die Zentralsozialversicherung und durch Dr. J. Galas für die Allgemeine Pensionsanstalt vertreten, in der Arbeiternehmergruppe durch den Abgeordneten Schäfer und in der Arbeitgebergruppe durch Dr. Banek für den Industriellenverband. Die Kommission ist sofort zur Generaldebatte geschritten.

Deutschland, das im Vorjahre im Vorbereitungsstadium den Vorsitzenden stellte, ist im Präsidium dieser Kommission überhaupt nicht vertreten.

# SPD-Telegramm

an die Arbeitervertreter in Genf.

Prag, 14. Juni. Otto Welz, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, derzeit in Prag, hat heute an den Vorsitzenden der Arbeitergruppe auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, Mertens, folgendes Telegramm gerichtet:

„Die sozialdemokratischen und die im Geiste der freien Gewerkschaften kämpfenden Arbeiter Deutschlands begleiten mit lebhaftester Teilnahme Eueren Kampf gegen die faschistischen Unterdrücker und Zerstörer der sozialistischen Arbeiterbewegung sowie Eueren Protest gegen die Schande der grausamen Verfolgung in Kasernen, Gefängnissen und Konzentrationslagern. Dafür ist Euch der Dank aller freieitlichen Menschen in Deutschland gewiß.“

### Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

#### ALZ-Uniform bewilligt.

Die am letzten Verbandstage in Ausfig beschlossene Uniform ist nun von den Behörden bewilligt worden. Die Bewilligung gilt vorläufig nur für Böhmen. Für Mähren und Schlesien dürfte die Bewilligung in nächster Zeit erreicht werden.

#### Tennis und Tischtennis.

Am „Internationalen Arbeitersporttag“ am 4., 5. und 6. August d. J. in Ausfig werden in diesen Spielen die Festmeisterschaften ausgetragen. Interessenten wollen sich umgehend beim Ausfig, Bahnhofspkatz 1, melden. Die Spiele werden am Sonntag und Samstag nachmittags durchgeführt.

#### Landeskonferenz.

Die beiden Kreise in Mähren und der schlesische Kreis halten am Sonntag, den 18. Juni, eine gemeinsame Landeskonferenz in Olmütz-Paulowitz ab, in der eine gemeinsame Landesleitung gewählt werden soll. Damit wird die künftige Arbeit in ganz Mähren und Schlesien vereinfacht werden, was der Bewegung sicher zugute kommen wird.

#### Gemeinsame Spielturze.

Die ALZ Prag als auch der ALZ Ausfig haben bereits beschlossen, im Spätsommer d. J. gemeinsame Spielturze für Handball, Hockey und Volleyball durchzuführen, um so die Möglichkeiten für engste Spielverbindungen zwischen den beiden Verbänden herzustellen. Geplant sind Kurse im Gebiete von Teplitz, Pilsen, M. Strou, Brünn, Prag.

### Getreidepandscheine.

Prag, 14. Juni. Die Regierung hat dem Senat eine Vorlage über Getreidepandscheine und öffentliche Getreidelagerhäuser vorgelegt. Die Vorlage verfolgt, wie amtlich mitgeteilt wird, den Zweck, die Kreditgewährung auf bereits geerntetes inländisches Getreide zu ermöglichen, und zwar entweder durch Ausstellung eines Getreidepandbriefes oder eines Getreidelagerpandscheines (Warrant).

Getreidepandbriefe werden nur auf Mengen von mindestens 100 Zentnern ausgestellt; das Getreide bleibt im Besitz des Schuldners. Der Pandbrief wird bei Gericht legalisiert und kann dann ähnlich wie ein Wechsel verwendet werden.

Im zweiten Falle wird das Getreide in einem öffentlichen Lagerhaus eingelagert. Die bestehenden landwirtschaftlichen Lagerhäuser werden auf Grund einer besonderen Bewilligung Getreide auch von Nichtmitgliedern einlagern und darüber Lagerpandscheine ausstellen können. Auf diese Lagerpandscheine wird dann gleichfalls die Aufnahme von Darlehen möglich sein.

Der gewährte Kredit wird nur kurzfristig sein. Er soll dazu dienen, in der Zeit des starken Geldbedarfes der Landwirtschaft unmittelbar nach der Ernte überreife Verkäufe von Getreide neuer Ernte zu schleuderpreisen hinauszuhalten und eine gleichmäßige Versorgung und Regulierung des Getreidemarktes zu erzielen.

Wir werden auf die Vorlage noch näher zu sprechen kommen, bis sie im Wortlaut vorliegt.

### Dr. Karas freigesprochen.

Eger, 14. Juni. Vor einem Senat des Egerer Kreisgerichtes hatte sich heute nachmittags der Obergerichtsrat und Gerichtsvorstand des Acher Bezirksgerichtes Dr. Karas wegen Vergehens des Auflaufes nach Paragraph 283 zu verantworten. Nach der Anklage hat Doktor Karas am 12. März d. J., gelegentlich einer politischen Kundgebung in Acher der Aufforderung der Gendarmerie zurückzugehen, nicht Folge geleistet. Nach durchgeführtem Prozeß verkündete der Gerichtshof nach längerer Beratung in vorgerückter Stunde den Freispruch des Angeklagten, weil der Tatbestand nicht vollständig gegeben sei.

#### Neukonstituierung des Ständigen Ausschusses.

Gestern hielt der kürzlich neu gewählte Ständige Ausschuh der Nationalversammlung seine konstituierende Sitzung ab. Vor Beginn der Verhandlung hielt der Vorsitzende Dr. Stanek den drei verstorbenen Mitgliedern des Ausschusses, dem Genossen Pohl, dem Landbändler Böllmann und dem tschechischen Agrarier Sablik einen kurzen Nachruf. Bei der hierauf vorgenommenen Neuwahl des Vorsitzenden wurde der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Stanek mit 15 von 18 abgegebenen Stimmen zum Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses gewählt. Durch Affirmation wurden sodann zum ersten Stellvertreter der Senatspräsident Genosse Dr. Soukup, zum zweiten Stellvertreter der tschechische Nationalsozialist Abgeordneter Tuenh, zu Schriftführern Genosse Laub und der nationaldemokratische Senator Nabratic gewählt. Alle Gewählten erklärten, die Wahl anzunehmen.

Der Senat wurde für Dienstag, den 20. Juni, um 16 Uhr einberufen. Auf der Tagesordnung steht ein Zusatzprotokoll zum deutschen Wirtschaftsvertrag, ein belangloses Grenzabkommen mit Polen und Immunitäten und Fristverlängerungen für das Abgeordnetenhause.

**Hakenkreuz, Hammer und Sichel.** Am 1. Mai holten in Lüttich (Belgien) entrüstete sozialdemokratische Arbeiter die vom deutschen Konsulat gehönte Hakenkreuzflagge herunter und nahmen sie mit. Unbefelligt und ohne jeden Protest wehte vom deutschen Konsulat in Moskau am 1. Mai die Hakenkreuzflagge. Die Flagge des Hakenkreuzes und die Flagge mit Hammer und Sichel nebeneinander, es war am 1. Mai 1933 zu Moskau.

## Tod eines Dirigenten während der Vorstellung.

### Generalmusikdirektor Egon Pollak während einer „Fidelio“-Vorstellung im Prager Deutschen Theater gestorben.

Prag, 14. Juni. Generalmusikdirektor Egon Pollak ist heute abends während einer von ihm geleiteten „Fidelio“-Vorstellung im Prager deutschen Theater gestorben. Von einem plötzlichen Unwohlsein gepackt, mußte der Gastdirigent, nicht lange nach Beginn des ersten Aktes, den Stab niederlegen und die Fortführung der Oper dem im Hause anwesenden Opernchef überlassen. Die Bemühungen dreier Ärzte um Egon Pollak waren vergeblich, kaum eine Stunde später verschied er. Die Vorstellung wurde nach dem ersten Akt abgebrochen.

Das jähre, erschütternde Ereignis hat sich also abgespielt: Generalmusikdirektor Pollak, der im Rahmen der Maifestspiele und im Zuge einer Reihe von Dirigentengastspielen, die für heute abends angelegte Aufführung des „Fidelio“ übernommen hatte, wurde, nach einer glänzend dirigierten Subertüre, im Laufe des ersten Aktes von immer stärkerem Unwohlsein ergriffen. Er gab dem in einer Loge oberhalb des Orchestersitzenden Opernchef des Hauses, Professor Szell, durch Zeichen zu verstehen, daß er, Pollak, nicht weiterkomme. Während des Dialogs vor dem berühmten Kanon mußte der Dirigent den Stab niederlegen und wurde von Mitgliedern des Orchesters hinausgeführt. (Das Orchester spielte ein paar Takte führerlos weiter, Szell kam aber gerade noch zurecht, um beim Quartett die Führung zu übernehmen, die er dann natürlich bis zum Abschluß beibehielt. Nur ein Teil des Publikums hatte bemerkt, daß irgend etwas vorgefallen sei, nur ganz wenige hatten auch nur den Dirigentenwechsel bemerkt.) Inzwischen wurde Pollak in seine Garderobe gebracht, wo sofort der Theaterarzt und ein zweiter Arzt zur Stelle waren. Professor Kononen-

bruch, der gleichfalls herbeigerufen wurde, war auch in kürzester Zeit bei dem vom Schlag Getroffenen. Alle Bemühungen waren vergeblich, nach etwa einer Dreiviertelstunde verschied Pollak.

Der seit langem ernst Leidende erlag einem Lungenödem.

Nach Schluß des ersten Aktes teilte Direktorstellvertreter Liebl dem entsetzten Publikum das katastrophale Geschehen und die selbstverständliche Entschliegung der Direktion mit, die Vorstellung abzubrechen, in der übrigens als Sängergäste Elisabeth Reithberg (Fidelio) und Tilly de Garma (Marzelline) mitwirkten.

Egon Pollak, der so ergreifend seinen Tod in den Selen, förmlich am Pulse fand, trug einen der bekanntesten Dirigentenamen der deutschen Bühne und war weit darüber hinaus hochgeschätzt. Er war am 3. Mai 1879 in Prag geboren, widmete sich hier nach Abolvierung des Gymnasiums erst der Mathematik, füllte aber bald zu seiner geliebten Musik um und begann als Kapellmeister in Prag, in demselben Hause, in dem er gestern verstarb. 1905 ging Pollak nach Deutschland, war als Sperlkapellmeister in Bremen, Leipzig und Frankfurt tätig und dann — von 1917 bis 1930 — Generalmusikdirektor am Hamburger Stadttheater. Vor zwei Jahren folgte er einem Ruf an die Oper in Chicago. Seit dem Vorjahre gastierte er wieder an verschiedenen deutschen Opernbühnen, so zuletzt öfters an der Wiener Staatsoper. In der vergangenen Spielzeit dirigierte er am Prager deutschen Theater eine festliche „Tristan“-Aufführung, die ihm als feinsinnigen, genial gliedern, immer ganz dem Werke dienenden Musiker einen ungewöhnlichen Erfolg brachte.

## Tagesneuigkeiten

### Der schwierige Weltflug.

Moskau, 13. Juni. Der amerikanische Weltflieger Mattern, der Montag abends von Chabarowk nach Alaska gestartet war, ist Dienstag früh 6.20 Uhr (Moskauer Zeit) wieder nach Chabarowk zurückgekehrt. Er erklärte nach seiner Rückkehr, diese sei durch die Eisstürme und Nebel über dem nördlichen Kasaren-Zund verursacht gewesen. Der Motor des Flugzeuges ist in vollkommener Ordnung.

### Der tägliche politische Mord in Sofia.

Sofia, 14. Juni. Michajlowe Atanasow hat auf Befehl der revolutionären Organisation heute vormittag in Sofia durch einige Revolvergeschüsse den Advokaten Vico, den ehemaligen Vorsitzenden der Dobrudschaoorganisation, der mit den Kommunisten sympathisiert hat, erschossen.

### Sudetendeutsche Anatomie und Sittlichkeit.

Die sittliche Erneuerung Deutschlands greift über die Grenzen. Die der Sittlichkeit dürfen nicht überschritten werden; der Nacktheit sind welche gesetzt. Der Stadtrat zu Komotau weiß, wo sie laufen und nennt sie beim Namen:

Bürgermeisteramt Komotau. Zahl 2153/33P  
An das Bürgerliche Brauhause  
(Verwaltung des Strandbades)  
in Komotau.

Schon wiederholt wurde von Personen beiderlei Geschlechts darüber Klage geführt, daß im Strandbad am Mausee Männer Badehosen tragen

Was, ein Bladoher für Nackkultur? Nein, im Gegenteil, die Personen beiderlei Geschlechts klagen nicht über Badehosen überhaupt, sondern nur über solche,

deren Formen der öffentlichen Sittlichkeit widersprechen. Es sind dies jene Badehosen in Dreiecksform, welche nur die Gesäßfurche und die Geschlechtsstelle bedecken.

Der Stadtrat zu Komotau hat daher... beschlossen, die Verwendung solcher Badehosen aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit zu verbieten. Die Einhaltung dieses Verbots wird polizeilich überwacht werden.

Die präzise Abgrenzung wird Schwierigkeiten machen. Die Polizei wirds nicht leicht haben. Der Beruf des anatomischen Florenhegers ist aufreibend,

Komotau, am 12. Mai 1933.

Der Bürgermeister:  
Dr. Storch m. p.

Es ist eine Bracht!

**Selbstmord auf den Schienen.** Bei Nglau erblickte Dienstag nachts der Lokomotivführer des Brünnner Zuges in einer scharfen Krümmung einen auf dem Geleise liegenden Menschen. Er hielt den Zug an, der Selbstmörder befand sich jedoch inzwischen bereits unter dem letzten Wagon mit abgetrenntem Kopf. Die herbeigerufene Gendarmerie stellte fest, daß es sich um einen 26. bis 30jährigen unbekanntem Mann handelte. Der Selbstmörder hatte weder Geld noch Ausweisopiere bei sich.

nicht eisfrei sind. Das Geschwader wird als erste Zwischenstation voraussichtlich die Seeflugstation am Ely bei Amsterdam anfliegen, die nächste Zwischenlandung wird bei Londonderry in Irland sein, von wo aus der Flug über Island nach Grönland führen wird.

**Ausgabe von Ganz- und Halbjahres-Eisenbahnkarten.** Ab 19. Juni 1933 werden bei der Ausgabe stelle für Jahreskarten in Prag II, Masarykbahnhof (oberhalb der Restauration 2. Klasse, Eingang aus der Hybernska) die Halb- und Ganzjahreskarten mit Gültigkeit vom 1. Juli zur Ausgabe gelangen. Die Anmeldestunden sind von Montag, den 19., bis 23. Juni von 9 bis 12 und von 13 bis 17 Uhr. Samstag, den 24. Juni, von 8 bis 13 Uhr und vom 26. bis 28. Juni und am 30. Juni von 8 bis 12 und von 14 bis 17 Uhr. An Sonn- und Feiertagen wird nicht antiert. Schriftliche Bestellungen aus der Provinz sowie sämtliche Anfragen können entweder durch Vermittlung des nächsten Stationsamtes oder direkt bei der genannten Ausgabe stelle erfolgen. Die Anmeldestunden für den Monat Juli werden rechtzeitig bekanntgegeben werden.

**50 Prozent Fahrpreisermäßigung für Auslandsbesucher der Prager Herbstmesse.** Das Eisenbahnministerium erledigte das von der Messeleitung eingebrachte und von maßgebenden Korporationen unterstützte Gesuch um Gewährung einer 50prozentigen Fahrpreisermäßigung für ausländische Besucher der kommenden Prager Herbstmesse günstig. Das Recht auf diese Ermäßigung besteht bei der Fahrt nach Prag und von Prag, sofern die Entfernung ab Grenze 100 Km. beträgt. Dazu teilt das Messeamt mit: In Verfolg des Umgruppierungsprozesses auf dem Weltmarkt und dadurch für unsere Industrie entstandenen neuen Absatzchancen, besonders in Ländern, wo unser Export noch nicht festen Fuß fassen konnte, ist es für die kommende Herbstmesse das zeitgemähe Ziel, dazu beizutragen, daß aus der günstigen Konstellation für unsere Exportindustrie die greifbarsten Vorteile erzielt werden. Trobtem der Nachfragedienst der WMW bereits die sich bietenden Absatzgelegenheiten zu erfassen sucht und auch voll ausnützt, wird doch das Schwergewicht darauf zu legen sein, durch eine planmäßige, den Konjunktur- und Einfuhrverhältnissen in den Absatzgebieten Rechnung tragende Werbung einen erhöhten Auslandsbesuch auf die Messe zu bringen, nachdem erfahrungsgemäß der persönliche Kontakt am sichersten zu dauerndem Geschäftsverkehr führt. Unter diesem Blickwinkel wurde auch sofort nach Schluß der Frühjahrsmesse die Erreichung der 50prozentigen Fahrpreisermäßigung, als besonderen Anreiz zum Messebesuche, angestrebt.

**Der Vulkan Irazu (Costarica)** ist in reger Tätigkeit. Der Regen und die Lava gelangen in einen Umkreis von 30 Kilometer.

**Das böhmische Kronarchiv der Öffentlichkeit zugänglich.** Der böhmische Landesausshuh beschloß, das Kronarchiv des Landes Böhmen, das im Trefoz des Neubaus des böhmischen Landesarchivs in Prag IV., Pod Rodefou, untergebracht ist, als auch die Ausstellung der wichtigsten Dokumente und Urkunden dieses Archivs der Öffentlichkeit bei freiem Eintritt täglich in der Zeit vom 18. Juni bis 2. Juli d. J. von 10 bis 14 Uhr zugänglich zu machen.

### Vom Rundfunk

#### Empfehlenswertes aus den Programmen.

##### Freitag:

Prag: 6.00 Gymnastik. 11.00 Schallplatten. 18.23 Deutsche Sendung: Dr. Moucha: Neue Bücher. 20.25 „Ihre Mission“, Reich. 20.45 Populäre Lieder. 21.20 Blasorkest. — Brünn: 16.55 Mähr. Quartett. 18.25 Deutsche Sendung: Jugendstunde. 19.25 Orchesterkonzert. 20.45 Aus den Kompositionen von Porumbesca. — Spiel und Sport: Wien: 18.15 Leichtathletik. — Frauen, Jugend, Kinder: Königs-Musterhausen: 15.00 Jungmädchenstunde. München: 15.00 Stunde der Frau. Königsberg: 15.25 Jugendbühne. München: 16.19 Erzählungsfunk. Wien: 16.35 Frauenstunde. — Konzerte: Berlin: 20.10 Blasorchesterkonzert. Leipzig: 20.20 Volkslieder. Wien: 20.30 Orchesterkonzert. Leipzig: 21.15 Musikalische Kostbarkeiten.

### Politische Attentate in Oesterreich.



Dr. Steidle



Dr. Rintelen

Am Sonntag wurden in Oesterreich zwei Attentate auf bekannte politische Persönlichkeiten verübt. Auf Dr. Steidle, den bekannten Tiroler Heimwehrführer, wurden vor seinem Hause in Innsbruck aus einem Auto mehrere Schüsse abgefeuert, durch die er am Arm erheblich verletzt worden ist. In Kirchdorf bei Bruck mitalückte ein Anschlag auf den Steierer Landeshauptmann und früheren Minister Dr. Rintelen.

# PRAGER ZEITUNG.

## Abbruch der Verhandlungen in den Großbanken.

### Die Unionbank, Escomptebank und Länderbant wollen durch Kündigung von 3000 Angestellten den Gehaltsabbau erzwingen.

In den Personalbüros der drei Großbanken werden Kündigungsbriefe der gesamten subalternen Angestellten nachstehenden Inhaltes vorbereitet:

Prag, den 16. VI. 1933.

Herrn, Fr. ....

„Die Notwendigkeit, die Regie unserer Bank weiter herabzusetzen, hat uns gezwungen, an die allgemeine Kürzung der Bezüge unserer Angestellten heranzutreten. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit den Vertretern unserer Angestellten haben leider zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Infolgedessen lösen wir das mit Ihnen abgeschlossene Dienstverhältnis und erteilen Ihnen im Sinne der Bestimmungen des Handlungsgesetzes die Kündigung per 30. September 1. J., so daß Ihr Dienstverhältnis am 30. September 1933 abläuft wird.“

Wir sind jedoch bereit, diese Kündigung zu widerrufen, falls Sie mit nachstehenden, ab 1. Juli 1933 bis auf weiteres geltenden Brutto-Jahresgehältern:

Grundgehalt	Ks
Quartiergehalt	Ks
Remuneration	Ks
Frauenzulage	Ks
Kinderzulage	Ks
zusammen	Ks

einverstanden sind.

Ihr Einverständnis werden wir als gegeben erachten, wenn Sie uns nicht längstens binnen 7 Tagen nach Zustellung dieses Briefes an Sie, schriftlich mitteilen, daß Sie Ihre Einwilligung verweigern.“

Dieser skandalöse Brief hat folgende Vorgeschichte: Die Verhandlungen der Organisationen mit den drei Direktionen sind gescheitert. Die Bankdirektoren mit Spitzenbezügen in der Höhe von durchschnittlich einer Dreiviertelmillion Ks jährlich wollen durch diese Massenentlassung einen Abbau der Gehälter ihrer Angestellten erzwingen, der betragen soll:

Bei Beamten:	
Von einem Gesamteinkommen:	
von Ks 18—24.000	5 Prozent,
von Ks 24—32.000	10 Prozent,
von Ks 32—42.000	15 Prozent,
über Ks 42.000	20 Prozent
Bei Klontisten:	
von Ks 12—15.000	5 Prozent,
über Ks 15.000	10 Prozent.

Die Angestelltenvertreter wären mit einem Abbau einverstanden gewesen, der Einkommen bis zu 30.000 Ks geschnitten und von dieser Grenze bei Ausschluß der Alimentationszulagen 5 Prozent bis 36.000 Ks, 8 Prozent bis 42.000 Ks und 10 Prozent über 42.000 Ks betragen hätte. Ein solcher Abbau hätte die leitenden Direktoren zu wirklichen Opfern, nämlich bei ihren Riesengehältern bewegen müssen. Daher haben sie ihn abgelehnt.

Die Angestelltenorganisationen und Betriebsausschüsse der drei Banken halten Beratungen ab, um die Richtlinien für die Weiterführung der Aktion gegen die drei Bankleitungen zu beschließen. Wir begnügen uns für heute, diese brutale und wohl einzig dastehende Vorgangsweise festzuhalten und behalten uns unsere weitere Stellungnahme vor.

## Der Personenverkehr auf der Strecke Prag—Pilsen.

### Eine Keußerung der Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung teilt zu der Einführung von Motorzügen auf der Strecke Prag—Pilsen mit:

Die Verdichtung und Beschleunigung des Verkehrs auf dieser Strecke fand die allgemeine Sympathie des Publikums, doch wurde von einigen Seiten ausgeführt, daß die Motorzüge der Frequenz nicht nachkämen und durch Dampfzüge ersetzt würden. Der Zweck der Einführung von Motorzügen war die Verdichtung der Frequenz auf der genannten Strecke, die Ergebnisse der letzten Zeit haben also bewiesen, daß das angestrebte Ziel erreicht wurde. Bei einer größeren Zahl von Passagieren ist die Beförderung durch Dampfzüge vom Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit aus voll am Platz. Dem Publikum werden durch die Einführung der Züge 621 (Wilsonbhf. ab 6.55), 622 (Wilsonbhf. an 7.17), 623 (Wilsonbhf. ab 16.10) und 630 (Wilsonbhf. an 20.27) außer der größeren Bequemlichkeit (vierachsige Schnellzugswagen) auch noch alle Vorteile der Motorzüge, d. h. erhöhte Geschwindigkeit und normaler Fahrpreis gewahrt.

Von der deutschen Minderheits-Volksschule in Prag XVI, Smichow. Die Einschreibungen für Knaben und Mädchen im Schuljahre 1933/34 finden vom 28.—30. Juni l. J. für alle Klassen von 8 bis 12 Uhr im Leitungszimmer, Smichow, Stefani-loba 235/57 — gegenüber der Kirche — statt. Beizubringen sind: Geburts-, Impf-, Scimitas- und polizeil. Meldefchein. Bei Kindern, die aus anderen Schulen übertreten, die letzte Schulnachricht mit der Abmeldeklausel. Voranmeldungen täglich. Nach dem 30. Juni können Kinder nur nach ministerieller Bewilligung aufgenommen werden.

Der Waldsteingarten zugänglich. Am Donnerstag, den 15. Juni ist der Waldsteingarten gegen eine Eintrittsgebühr von Ks 1.— zugänglich des Hl. Rotten Kreuzes zugänglich. Auch die Säle des Waldstein-Palastes können unter sachmännlicher Führung besichtigt werden.

Die demokratische Flüchtlingsfürsorge bisher Graben 17 übersteht mit ihrem Sekretariat nach dem Graben 27 (Haus Buch). Dienststunden daselbst ab Freitag, den 16. Juni von 10 bis 12 und von 3 bis 5 Uhr. Neue Telefonnummer: 302 71.

## Gerichtssaal

### Ortsvorsteher als Urkundenfälscher.

Um 20 Ks zu ersparen.

Prag, 14. Juni. Der gewählte Ortsvorsteher des Dorfes Málšovice, Franz Kliment, hatte sich im Jahre 1931 irgendeinen geringen Waldfreibei zuhelfen lassen, woraus die Forstverwaltung der „Bienenwirtschaftlichen Versuchsanstalt“, der dieser Wald gehört, eine Buße von 20 Ks über den Herrn Vorsteher verhängte, die dieser zugunsten der Ortsarmenkasse erlegen und womit die peinliche Angelegenheit erledigt sein sollte. Tatsächlich überreichte auch der Vorsteher eine mit dem Namen des Kassiers Chalupný gefertigte Empfangsbefähigung über 20 Ks zugunsten der Ortsarmen.

Erst geraume Zeit nachher stellte sich heraus, daß Chalupný diesen Betrag weder empfangen, noch quittiert habe, sondern daß der Vorsteher die Unter-

schrift dieses Funktionärs einfach gefälscht hatte, um die 20 Ks zu ersparen. Die Folgen waren recht unliebsam, denn Franz Kliment wurde nun wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde verfolgt. Er verteidigte sich damit, daß er zunächst vergessen habe, den Betrag zu erlegen und als er sich dann nachträglich erinnerte, habe er der Kürze halber und mit Zustimmung des Kassiers dessen Unterschrift nachgemacht, weil es ihm peinlich gewesen sei, die Sache nachträglich noch einmal aufzuwärmen. Der Senat des OGH. Prag gab sich aber mit dieser Verteidigung nicht zufrieden. Tatsache sei, daß der gewesene Vorsteher ein öffentliches Dokument gefälscht habe und der Gemeinde damit ein Schaden entstanden sei. Der Angeklagte wurde also schuldig erkannt und zu einem Monat Kerker, bedingt auf zwei Jahre, verurteilt. Der Staatsanwalt meide Verurteilung an, sowohl wegen zu geringen Strafmaßes, als auch wegen Jubiläumigung des bedingten Strafzuchubes. rh.

## Falsch gezeichnete Gläser.

Prag, 14. Juni. Vor dem Senat des OGH. Prag nahm heute der 66jährige Gastwirt Josef Ják Platz, eine mehr als behäbige Figur mit feuerrotem Gesicht, bläulicher Nase und weißem Schnauzbart. Sein Gewerbe scheint ihm rechtlich anzuschlagen, doch scheint es, daß die Quellen seines Wohlstandes nicht immer die einwandfreiesten sind. Als am 10. Febr. d. J. sich ein Kontrollorgan des Eichamtes bei dem Angeklagten einfand und die vorhandenen Trinkgefäße untersuchte, wurde festgestellt, daß eine ganze Reihe von Halblitergläsern zwar mit der Eichmarke und der Bezeichnung 0,5 l versehen war, trotzdem aber um ein Zehntelteil weniger saßen, als angegeben. Der Wirt ist sehr erlautet und der Revisor unterjagte ihm den Gebrauch der beanständlichen Gläser, von denen er eines zur weiteren Amtshandlung mitnahm.

Als der Kontrollierende aber zehn Tage später unvermutet wieder bei dem Angeklagten erschien, sah er, daß sämtliche falsch gezeichnete Gläser keineswegs beiseitegestellt waren, sondern im Gegenteil munter benützt wurden. Nun erstattete er die Anzeige wegen Betrugs. Der Gastwirt verteidigte sich durch zwei Behauptungen, die einander einigermassen widersprachen. Erstens habe er die Gläser durchaus nicht mehr benützt und zweitens habe der Revisor ihm ihren Gebrauch nicht verboten. Er berief sich für letztere Behauptung auf die Zeugenschaft des Dorfpolizisten und so blieb dem Gericht nichts übrig, als die Verhandlung zwecks Ladung dieses Zeugen zu vertagen. rh.

## Kunst und Wissen

Von der Deutschen Musikakademie. Die Tüde des Schicksals in Form mehrfacher Erkrankungen von Mitwirkenden war Schuld daran, daß die Prager Deutsche Musikakademie auf einen der vier öffentlichen Absolventenabende, die dieser Tage als künstlerische Rechenschaftsberichte und Schlupfrüfung vor der großen Öffentlichkeit stattfinden, verzichten mußte und daß gerade einige der besttalentierten Absolventen nicht auftreten konnten. In dem vereinigten ersten und zweiten Absolventenabend am Dienstag kam die instrumentale und vokale solistische Konzertkunst zur Geltung, und zwar in der Geigerin Gutta Ritsche, in

## Kinderfreunde Prag.

Der Kindertag findet nicht am Sonntag, den 18. Juni statt, sondern am Sonntag, den 25. Juni auf dem Platz der D. T. J. am Pohorelec.

Sonntag, den 18. Juni Tagesausflug nach Jbraslav. Zusammenkunft um neun Uhr vormittags bei der Endstation der 2ter Linie in Hodkovic.

der Pianistin Elsa Grauer, in der Sopranistin Klára Sturm, in dem Flötisten Viktor Kohn und in dem Geiger Vladimir Abramoff. Moderne und alte Werke von Casella, Debussy, G. F. Händel, Karg-Elert und Glazounow, dienen diesen Absolventinnen und Absolventen als Prüfstufen ihres mehr oder weniger reifen Könnens, das unterschiedlich festzustellen pädagogische Gründe verbieten. Nur so viel sei gesagt, daß alle diese mit großen Hoffnungen in den praktischen Musikberuf eintretenden Kunstjünger ein ansehnliches Maß technischen Könnens und musikalischer Tüchtigkeit auf ihren schweren Lebensweg von ihren Lehrern mitbekommen haben. — Eine formelle Anregung sei heute auch gegeben: Umfangreiche Konzertwerke zu vermeiden. Denn als Probe erworbener Künstler-schaft genügen auch bescheidenere Gaben, z. B. bloß ein Satz eines Konzertes oder einer Sonate. E. J.

Abonnement 1933/1934. Ausgabe für bisherige Abonnenten, die eine Veränderung ihres Abonnements vormerken, täglich. Annahme von Vormerklungen für neue Abonnenten täglich, Ausgabe der Karten ab 21. Juni.

Dienstag: Erkaufführung: „Lulu“ von Frank Wedekind (Ergeist und Büchse der Pandora in der Bearbeitung von Otto Falkenberg) Regie: Gellner.

Abend der Kompositionsabteilung der Musikakademie. Heute 8 Uhr im Mozarteum. W. L. von Komma, Grauer, Konecny, Hirsche, Spilling, Záhradnický und Brabec; für Klavier, Gesang, Suite für zwei Klarinetten und Basshorn, Streichtrio. Karten 3—9 Ks. Regier Absolventenabend, Mittwoch, den 21. d. M. in der Produktionsbüro. Konzerie mit Orchesterbegleitung. Karten 3—15 Ks bei E. Wepler.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, 18 Uhr: „Fabian, der Elefant“ (E. L.). — Freitag, 18 Uhr: „Aida“, Gaspard Reichberg-Frauzell (D. 2). — Samstag, 18 Uhr: „Hofmanns Ehre“, Ensemble-gaspard Prejart (A. 2).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, 8 Uhr: „Dreimal Offenbach“ (Salon Pöbelberger, Verlobung bei der Laterne, Inlet Lufipatan), volkstüml. Vorstellung. — Freitag, 8 Uhr: „Fabian, der Elefant“. — Samstag, 18 Uhr: Holländer-Revue: „Höchste Eisenbahn“, Erkaufführung.

## Mitteilung aus dem Publikum.

Genosse Ernst Polach wird am Freitag, den 16. ds., um 12.30 Uhr an der Prager deutschen Universität (Karolinum) zum Doktor der Rechte promoviert. 1231

## Sport • Spiel • Körperpflege

### Kein Spiel zweier Meister.

DTC. Prag gegen DSB. Saaz 2:1 (0:0).

Wenn man Kämpfe um die Meisterschaft im bürgerlichen Sport so auffaßt, wie dies in dem Mittwochsspiel des DTC. Prag — DSB. Saaz in Prag in beschämender Weise sich offenbarte, dann ist das nicht allein zu bedauern, sondern noch mehr eine Schande. Wenn Spieler wie Hyänen aufeinander losfahren, Vogelschläge verfehen; die Zuschauer — ganz besonders die auf dem 1. Platz und der Tribüne — sich wie eine Horde Wilder benahmen und Verein-s-funktionäre, anstatt zu beruhigen, selbst Unfrieden stiften — dann ist das ein Skandal ersten Ranges, den sich die Prager Dntelligenz da leistete.

Aber auch der Sport, der geboten wurde, zeigte nichts, aber rein gar nichts. Es war zeitweise ein wüßtes An-den-Mann-gehen, der Ball Rebenjacht, die Kampfunfähigmachung des Gegners das Um und Auf der Meise auf dem Spielfeld. Die Saazer traten nicht mit ihrer kompletten Elf an, desgleichen der DTC. Während Saaz gerade in der Wintermannschaft und mit Strobl im Mittelhaß gut besetzt war, hatte DTC. im Angriff wohl ein Plus, aber zeitweise wußte keiner der Fünf, was er mit dem Ball machen sollte. Vor der Pause ging es noch etwas ruhiger zu, jedoch die zweite Spielhälfte war mehr als einmal eine Reiterei zwischen Spielern und unter tätiger Mitwirkung der Zuschauer.

Schiedsrichter war ein Herr aus Brünn: Ihn aber allein der Schuld an den Vorfällen zu zeihen, wäre ungerade. Er tat, was er konnte, nur traf er fast immer das Falsche. Ein Polizeikommissar mußte intervenieren, wie überhaupt die Polizisten stark beschäftigt waren, da der Ordnungsdienst des DTC. gänzlich versagte.

Sparta gegen Teplitzer FA. 2:0. Die Teplitzer traten mit dem gelberren Pospichal an und hatten dadurch das Meisterschaftsspiel von Haus aus verloren. Sparta war aber technisch dem TFA nicht gewachsen und gewann unbedeutend. Sparta ging es darum, an dem Mitropacup teilnehmen zu können und das ist ihr gelungen.

## Der Film

Gesunder Humor Amerikas. Lion Laurel und Oliver Hardy sind jetzt in Prag in einer dreitägigen Groteske zu sehen, die uns in der Art der jetzigen Kinoprogramme wirkliche Erholung bietet. Wenn auch der Film über zwei Jahre alt ist und infolge der hiesigen herrschenden unumgänglichen Filmwangschaft nicht früher herein-gelassen wurde, so erfüllt uns die Ursprünglichkeit seines Humors, die Unbedartheit zahlloser Situations-einfälle, die Originalität der Groteske mit echtem Vergnügen. Gerade die heutige Zeit erhebt Anspruch darauf, etwas mit Humor gefüttert zu werden, der den meisten Menschen Mitteleuropas ohnehin schon verfehlt. Und diese beiden derben Komiker sind gerade in ihrer Ursprünglichkeit, in ihrer Naivität, mit der sie sich über alle Gesetze des Verstandes, der Logik hinwegsetzen, recht ergötzlich: der amerikanische Film wäre für uns das richtige Gegengewicht gegen die Uebermacht der deutschen Ausstattungoperette, deren schädliche Einflüsse bis in die Wurzeln der heimischen Produktion reichen. Aber nicht nur Laurel und Hardy, auch Mike Daniels gefällt in einem kurzen Proletar „Wir rufen die Polizei!“; auch in diesem Film empfinden wir wohlthuende Ironie über das Leben des Alltags mit seinen nützigen Hindernissen, Gedanken, die keine sind, und Problemen, die lächerlich sind, wenn sie so gezeigt werden, wie sie wirklich geschildert werden. Die Komik des Alltags ist die härteste Seite Filmamerikas. Das Zusatzprogramm „Eine Strauß-symphonie“ ist gewöhnlicher Klisché: nämlich Witz, wie es die Filmkalkulatoren von der Warte ihrer Kaffeehauskonferenzen zu sehen belieben. W. L.

**BLONDINEN WIEDER BLOND**  
DURCH **SCHWARZKOPF**  
**WERDEN EXTRA-BLOND**



Hanns im Glück. Dieser ist natürlich Albers: diesmal nett, beweglich, wenig affektiert, leider wieder unendlich unwiderstehlich; was mit der schönen Anna ganz angenehm sein kann, wenngleich ihre Schauspielkünste ebenso problematisch sind, wie der Musikerfolg ihrer Jazzband. Sehr gut spielen die Weintraub; überhaupt ist die Musik dieses Films bester Teil. Karlsweis, Sima (jetzt im braunen Hemd) und Gálstorf bieten besten deutschen Filmdurchschnitt, Kotters Dialoge können gefallen, Gerrons Regie ist routiniert und ganz wichtig in manchen Einfällen, der Inhalt zeigt wieder einmal, wie arme Komponisten in unserer Welt Karriere machen: gegen die „Bonges“ natürlich; Vorbitterstimmung lozulagen. W. L.

## Literatur.

„Windlichter des Lebens.“ Roman aus Ziam von Alma M. Karlin. Leipzig, Bessé & Beder Verlag, 182 Seiten. Kart. RM. 3.20, in Leinen geb. RM. 4.80. Aus eigener Anschauung schildert die hochbegabte Alma M. Karlin in diesem Roman Ziam und seine merkwürdigen Sitten. Doch ist die glänzende Darstellung der Umwelt nicht die Hauptsache. Die Hauptfäden sind vielmehr seelische Erlebnisse, die an unsere Herzen rühren. Ziam hat man oft als „Kassentopi“ bezeichnet, und die Frage der Mischehen ist es, die die Dichterin bewegt. Wie Kindern aus solchen Ehen die europäische Erziehung zum Verhängnis werden kann, wird an fiktivisch geformten Beispielen erhärtet. Jedenfalls ein Problem, das gerade die Gegenwart in besonderem Maße fesselt. Das Buch ist bei aller Knappheit reich an unwürdigen Gestalten: neben Stomenien stehen Europäer und Europäerinnen. Ein Kabinettbildchen eigener Art hat die Dichterin in der stonemischen Prinzessin Topy Tim geschaffen. Der Roman ist vorberber Schönheit und einer fast männlichen Art. Es ist ein Buch, über das man noch lange Zeit nachdenkt, wenn man es aus der Hand gelegt hat.

## Einladung

zu der Mittwoch, den 21. Juni 1933, 20 Uhr, in der Barriere-Restaurations des Wesse-Palastes, Prag VII., Pálšeho tr. stattfindenden

## XXIII. ordentl. Vollversammlung.

- Tagesordnung:
1. Eröffnung durch den Obmann des Vorstandes.
  2. Wahl zweier Revisoren der Verhandlungsschrift.
  3. Verlesung der Verhandlungsschrift der letzten Vollversammlung.
  4. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Genossenschaft.
  5. Bericht des Aufsichtsrates.
  6. Genehmigung der Jahresrechnung und des Antrages über die Gewinnverteilung nach §§ 15 und 22 der Satzungen.
  7. Neuwahlen.
  8. Anträge nach § 13 der Satzungen.

Genossenschaft für Bank- und Sparfassenbeamte in Prag registrierte Genossenschaft mit befristeter Satzung. J o d e m. p. R o h m m. p.

## Die schönste Lage

im Luftkurort Dittersbach hat das Erholungsheim der B. K. V. A. Bdg. und sind dort gut eingerichtete 2- und 3bettige Zimmer — ohne Tagespension — billig abzugeben. Bilder im Hause — Autobusverbindung nach allen Richtungen. Ausfragen direkt an das Erholungsheim in Dittersbach bei Böhm.-Kamollz.

# An unsere Öffentlichkeit

In der vergangenen Woche haben das „České Slovo“ und das „Právo Lidu“ Artikel über eine Bestellung von sechs Zuckerfabriken, die wir von der persischen Regierung erhalten haben, veröffentlicht. Der Inhalt dieser Artikel war in seinem Wesen aus dem Gewerkschaftsorgan „Zámy kovodělníků“ von 7. Juni d. J. übernommen. Durch die Veröffentlichung in diesen Zeitungen soll der Eindruck erweckt werden, daß das Motiv dieser Artikel die an die Arbeiterschaft unserer Betriebe gestellte Forderung ist, einer Herabsetzung der Akkordsätze zustimmen, die wir als notwendig erachten, um auf fremden Märkten konkurrenzfähig zu bleiben. Alle diese Zeitungsartikel veröffentlichen jedoch derartige Einzelheiten über die Verhandlungen, die zum Abschluß des erwähnten Geschäftes führten, und ihre Tendenz ist derart, daß es klar ist, daß sie bloß ein Mittel in dem Kampfe darstellen sollen, der hier und im Auslande gegen uns von jener Firma geführt wird, der dieses Geschäft verloren gegangen ist. Der eigentliche Zweck der Artikel ist demnach, die öffentliche Meinung gegen uns aufzubringen, damit diese Firma im Inlande besser zur Geltung kommt. Vor allem soll gegen uns jener Teil der öffentlichen Meinung mobil gemacht werden, der die Arbeiterschaft repräsentiert, und vor allem deren Vertreter in öffentlichen Stellungen und in der Staatsverwaltung, dem wichtigsten Auftraggeber am heimischen Markte. Diese Kritik unserer Lohnpolitik, ausgeübt im Interesse unserer Konkurrenz, zwingt uns, entgegen unseren bisherigen Gepflogenheiten, uns an die Öffentlichkeit mit Informationen über den tatsächlichen Verlauf und die Ergebnisse dieser geschäftlichen Verhandlungen zu wenden.

## I.

Es wird behauptet, daß die Firma Českomoravská-Kolben-Daněk von der persischen Regierung für die Zuckerfabrik in Keredji 392.000 Dollar erhalten habe. Wenn diese Ziffer als Unterlage für die Beurteilung der Preispolitik der Českomoravská-Kolben-Daněk und der Kritik unserer Preispolitik dienen soll, so ist es notwendig zu sagen, daß die Českomoravská-Kolben-Daněk zu dieser Ziffer dadurch gekommen ist, daß sie ursprünglich für diese Zuckerfabrik 550.000 Dollar verlangte und mit einem Preis von 392.000 Dollar unseren Preis sowie den Preis einer anderen tschsl. Maschinenfabrik um ca. 50.000 Dollar unterbot. Aber auch ohne diese Verbindung ist es unrichtig, mit diesem Preis zu operieren, da:

1. darin auch der Preis für die Schnitzel-Trockenanlage enthalten ist, die jetzt nicht bestellt ist.

2. die Höhe der nachträglichen Nachlässe, die unseren Informationen zufolge die Českomoravská-Kolben-Daněk der persischen Regierung in gutlichem Einvernehmen als Ersatz für die von der persischen Regierung beanstandeten Mängel bewilligt hat, nicht erwähnt wird.

3. darüber geschwiegen wird, wieviel die Lieferanten die Beseitigung dieser Mängel noch kosten wird. Wir haben alle Ursache zur Annahme, daß dies nicht wenig sein wird.

Es läßt sich daher behaupten, daß der Preis für die Zuckerfabrik in Keredji 392.000 Dollar betrug, es läßt sich jedoch nicht behaupten, daß die Českomoravská-Kolben-Daněk ihn erhalten hat oder erhalten wird. Die tatsächlich eingehende Summe wird sich wahrscheinlich nicht um vieles von unserem Verkaufspreise unterscheiden.

## II.

Es wird behauptet, daß das Geschäft mit der Českomoravská-Kolben-Daněk bereits nahezu abgeschlossen war, „als in das Endstadium der Verhandlungen die Škodawerke eindringen“. Wir konstatieren, daß wir von der persischen Regierung zur Überreichung einer Offerte aufgefordert worden sind. Mit dem persischen Staat stehen wir bereits längere Zeit in Geschäftsbeziehungen. Selbst wenn wir jedoch die Offerte ohne Aufforderung überreicht hätten, wäre daran nichts auszusetzen; wenn dies in den erwähnten Artikeln als unzulässig erklärt wird, so sollte sich der Verfasser dieser Artikel mit seinem Vorwurf an die Českomoravská-Kolben-Daněk wenden, oder aufklären, wie sie der persischen Regierung den Vorschlag machen konnte, sich unseren Preisen anzupassen, und dies zu einer Zeit, als unsere Offerte bereits akzeptiert war. Wir besitzen Informationen, daß es zur öffentlichen Ausschreibung vor allem deshalb gekommen ist, weil an entscheidenden Stellen des persischen Staates die Meinung vorherrschend war, daß eine derart große Bestellung nicht ohne öffentlichen Konkurs vergeben werden könne.

## III.

Es ist nicht richtig, daß wir erklärt haben, jeden von der Českomoravská-Kolben-Daněk offerierten Preis zu unterbieten; es würde uns freuen, eine ähnliche Erklärung auch von der Českomoravská-Kolben-Daněk zu lesen. Einen Preis von 344.000 Dollar für eine Zuckerfabrik offerierte die Českomoravská-Kolben-Daněk vielleicht vor der öffentlichen Ausschreibung. Im Zeitpunkt der Ausschreibung bot sie bedeutend niedrigere Preise an. Zum Schluß war sie für alle sechs Zuckerfabriken zusammen um 52.000 Dollar teurer, demnach für jede Zuckerfabrik um 8.500 Dollar, d. i. um 3 Prozent unseres Preises. Dabei bot sie, wie gegen uns ins Treffen geführt wird, für diesen Preis Einrichtungen an, die in einigen Details reicher ausgestattet waren. Der aus diesem Grunde entstandene Unterschied in der Offerte wird vom Verfasser auf einen Betrag von 23.350 Dollar pro Zuckerfabrik, demnach auf insgesamt 141.000 Dollar für die 6 Zuckerfabriken geschätzt. Wenn diese Schätzung richtig ist, dann hat die Českomoravská-Kolben-Daněk nicht um 52.000 Dollar teurer, sondern eigentlich um 88.100 Dollar billiger als wir offeriert. Wie man uns dann noch öffentlich leichtsinniges Herabdücken der Preise vorwerfen kann, ist uns nicht klar. Solche Angaben dieser Berechnungen, die wir aus Geschäftsgründen nicht weiter analysieren wollen, werden dadurch hiermit für den kritischen Leser genügend beleuchtet.

## IV.

Man führt an, daß wir uns mit der Českomoravská-Kolben-Daněk hätten einigen können. Unseren guten Willen zu Abkommen mit Českomoravská-Kolben-Daněk haben wir bereits des öfteren bewiesen, doch wollen wir von den Erfahrungen, die wir mit diesem Abkommen gemacht haben, gar nicht sprechen. Für diesmal möge es genügen, daß uns ein solcher Antrag überhaupt nicht gemacht wurde, sondern die Českomoravská-Kolben-Daněk ist nur einmal an uns herangetreten, u. zw. mit dem Hinweis, daß wir mit unserer Offerte in ihre Patentrechte und in ihr geistiges Eigentum eingreifen. Sie beantragte, daß wir mit ihr hierfür eine Lizenzgebühr vereinbaren. Dieser Anspruch war unberechtigt. Um so weniger war es als irgendeine Aufforderung zu gemeinsamem Vorgehen aufzufassen.

## V.

Um den Eindruck zu verstärken, daß wir zu einem überflüssigerweise niedrigen Preise angeboten haben, wird angeführt, daß die Maschinenfabriken Wolf-Magdeburg und Hallesche Maschinenfabrik um 15 Prozent teurer offeriert haben, als wie die Českomoravská-Kolben-Daněk für die erste Zuckerfabrik vereinbart hat. Es wird jedoch nicht angeführt, daß der von diesen deutschen Maschinenfabriken geforderte Preis ohne Kenntnis des genauen Programms verlangt wurde, weil diese Firmen wegen Zeitmangels nicht imstande waren, den Umfang der Lieferung in allen Details an Ort und Stelle zu erheben. Sie haben daher z. B. auch eine Trockenanlage offeriert, die diesmal nicht verlangt wurde. Im Verlaufe der Verhandlungen gewährten sie nach unseren Informationen mehrmals Nachlässe. Weder wir, noch die Českomoravská-Kolben-Daněk begegneten dieser deutschen Konkurrenz hier zum erstenmal. Wir hatten nicht immer Erfolg gegen sie. Auch bei diesen Verhandlungen war in einer bestimmten Phase eine von den deutschen Konkurrentinnen die billigste unter allen Offerten. Für den Fall, daß sich die Offertverhandlungen hinzögen, was wir nach unseren Erfahrungen im Welthandel befürchten mußten, konnten wir noch erwarten, daß auch aus anderen Ländern Angebote erfolgen

werden. Wir wollten den Schäden, die sich daraus ergäben, durch unser Angebot zuvorzukommen. Der Vorwurf, daß wir dem Ausland Geschenke machen, ist bei dieser Lage der Dinge nicht begründet. Dies um so weniger, als die Českomoravská-Kolben-Daněk zum Schluß bereit war, unsere Preise zu akzeptieren, als die Lieferung uns schon zugesprochen war, und auch eine andere tschechoslowakische Maschinenfabrik in dieser Phase noch den Versuch machte, unsere Preise empfindlich zu unterbieten.

## VI.

Aus alledem ergibt sich hauptsächlich, daß sich die tschechoslowakischen Maschinenfabriken derzeit sehr stark um größere Aufträge bemühen. Dazu zwingt sie unausweichlich der Stand ihrer Beschäftigung. Der Mangel an großen Bestellungen aus der Tschechoslowakei ist eine der Ursachen dieses Bestrebens. Dieser Stand der Dinge ist auch die Ursache davon, daß wir unsere Arbeiterschaft um eine mäßige Herabsetzung der Akkordsätze ersucht haben. Wir müssen auch weiterhin billig offerieren, wenn wir überhaupt Aufträge haben sollen. Es handelt sich darum, mehr Arbeit hereinzubringen, damit — bei etwas niedrigeren Lohnsätzen — mehr Leute arbeiten können, dabei natürlich vor allem unsere eigenen Arbeiter, die uns ja am nächsten stehen. Unter ihnen gibt es in großer Anzahl solche, die bei uns schon durch Jahrzehnte arbeiten. Wenn wir vor die Wahl gestellt werden, sie zu entlassen oder Aufträge zu gedrückten Preisen, in denen kein Gewinn enthalten ist, anzunehmen, entscheiden wir uns für die Beibehaltung unserer Arbeiterschaft. Bei den in sozialen Belangen üblichen Rücksichten und auch aus anderen Gründen liegt hier eine ganze Reihe von Regieausgaben vor, die wir auch dann hätten, wenn wir solche Lieferungen nicht erwerben würden und keine Arbeit hätten. Uns Entsagung predigen zugunsten einer anderen Firma, die noch niemals zugunsten von jemand anderem auf etwas verzichtet hat, und auch unter Hinweis darauf, daß wir Aufträge für unsere Rüstungsabteilung bekommen sollen, ist nicht am Platze. Auch in diesen Abteilungen können die Arbeiter nicht bis auf den letzten Mann entlassen werden. Diese eingearbeitete Arbeiterschaft wenigstens in der gegenwärtigen Anzahl zu erhalten, ist nicht nur unser privates Interesse.

## VII.

Wir verhandeln über Lohnherabsetzung im vierten Jahr der Krise, nachdem wir schon alles getan haben, was nur möglich war, um alle anderen Regieposten herabzudrücken. Die Lohnsätze haben bisher keine Herabsetzung erfahren. Wir beschäftigen wenig Arbeiter, die verhältnismäßig hoch bezahlt sind und dabei wegen Mangel an Arbeit wenig verdienen. Wir trachten ihrer mehr zu beschäftigen und mit mehr Arbeitsgelegenheit. Unser Ziel bleibt es, unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhalten. An dem Erfolg dieser Bestrebungen haben bei den heutigen Verhältnissen vor allem unsere Angestellten ein Interesse. Vieles müßte sich ändern, damit diese Politik auch unseren Aktionären einen Gewinn bringt.

Wir werden sicher nicht aus dieser Lieferung jenen Nutzen haben, der in normalen Zeiten die Regel ist. Trotzdem sind die Folgerungen ganz unrichtig, die in Zeitungsartikeln aus den Berechnungen über den Durchschnittspreis für 1 kg der gelieferten Einrichtung gezogen werden. Bei dem heterogenen Charakter des Materials, das geliefert wird, sind diese Angaben nicht beweiskräftig genug und bieten überhaupt keine Grundlage zu irgendeinem Urteil über die Rentabilität dieses Geschäftes. Diese hängt zum großen Teil von der Arbeitsorganisation am Orte selbst ab, von den Transportkosten, den Montageausgaben und den Auslagen für die Betriebsaufsicht. Bei unseren Erfahrungen, die wir durch in aller Welt vorgenommene Arbeiten und oft unter schwierigen Bedingungen erworben haben, ist unsere Hoffnung begründet, daß unsere Ausgaben für diese Posten niedriger sein werden als jene, mit denen nach ihren Erfahrungen in Keredji die Českomoravská-Kolben-Daněk kalkuliert hat. Die in den Artikeln geäußerten Befürchtungen, wir könnten einen valutarischen Schaden durch die Dollar-Baisse erleiden, entspringen allerdings nicht irgendeiner Besorgnis um unsere Firma, sondern haben offenbar andere Gründe. Wir haben uns gegen diese Verluste nach rechtlichen Möglichkeiten gesichert.

Ebenso verdanken diese Zeitungsaufsätze nicht ihren Ursprung etwaigen Besorgnissen um unsere Arbeiterschaft. Man nützt hier einen Schritt gegen uns aus, den früher oder später — und je früher, desto besser — die gesamte tschsl. Maschinenindustrie und eine ganze Reihe von andern Zweigen der tschsl. Industrie tun müssen, wenn unsere Exportfähigkeit bestehen bleiben soll. Man macht eine für uns ungünstige Stimmung wegen einer Sache, die nicht bloß unsere eigene Sache ist; es sollen unter Hinweis auf ein angebliches Interesse der Arbeiterschaft Schwierigkeiten geweckt werden, um die geschäftlichen Mißerfolge und getäuschten Hoffnungen unserer Konkurrenz im Auslande auf dem heimischen Markte zu kompensieren.

## VIII.

Aus diesen Darlegungen kann unsere Öffentlichkeit ein genügend klares Bild über die Methoden gewinnen, die ohne unsere Schuld in die Konkurrenz zwischen den tschsl. Maschinenfabriken Eingang gefunden haben. Damit es jedermann klar wird, daß diese Konkurrenzmethoden nicht eine vereinzelte, nur ausnahmsweise vorkommende Aktion darstellen, setzen wir unserer Öffentlichkeit aus unserem leider genugsam reichhaltigen Archiv über die Konkurrenzmethoden der Firma Českomoravská-Kolben-Daněk dieses weitere, unserer Meinung sehr interessante Beispiel vor:

Als nach Erlaß des sog. Automobilgesetzes Unzufriedenheit im Automobiltransportgewerbe rege wurde, wirkte sich diese Stimmung auch in Bestrebungen nach Gründung eines besonderen Presseorgans für diese Branche aus. An den Vorbereitungen zu dieser Gründung nahm auch eine Persönlichkeit aktiven Anteil, die unter den Autounternehmern durch ihr heftiges Auftreten bei den Prager Manifestationen nach Verkündung des erwähnten Gesetzes bekannt wurde. Für diese vorzubereitende Zeitschrift bewarb sich eben dieser Faktor um Insertion auch bei den tschsl. Automobilfabriken. Von den Škodawerken, resp. von unserem Konzernunternehmen ASAP bekam er keinen günstigen Bescheid, weil diese zuerst die Erfahrungen über den Inhalt und die Verbreitung dieses Blattes sammeln wollten. Der Genannte wurde aber zur Direktion der Českomoravská-Kolben-Daněk geladen, wo ihm nach seiner Angabe folgendes Angebot gemacht wurde: Die Českomoravská-Kolben-Daněk stellt das Geld für die Zeitschrift bei. Die Zeitschrift soll scharf gegen das Parlament, die Regierung und gegen die Ministerien schreiben, die an der Erlassung und Durchführung dieses Gesetzes Anteil haben, insbesondere gegen das Eisenbahn- und Postministerium. Ein Inserat gibt die Českomoravská-Kolben-Daněk nicht, im Gegenteil, für die finanzielle Unterstützung, die die Českomoravská-Kolben-Daněk gewähren will, war es Bedingung, daß die Herausgeber ein Inserat von den Škodawerken, resp. ASAP erwerben.

Es bestand also offenbar der Plan, den Eindruck zu erwecken, daß das gegen die Regierung für das Geld der Českomoravská-Kolben-Daněk, schreibende Blatt dank der Insertion der Škodawerke erscheint. Gemäß der uns gemachten Angabe verhandelte über diese Gelegenheit mit der erwähnten Persönlichkeit Herr Ing. Tomáš Herain, der Sekretär des Generaldirektors der Českomoravská-Kolben-Daněk. Wir haben Beweise in Händen, daß er mit dieser Persönlichkeit korrespondierte; der Inhalt der Korrespondenz ist ein solcher, daß es jedermann klar sein muß, daß es sich um eine Sache handelt, über die der Schreiber des Briefes lieber in Andeutungen schreibt als in klaren Worten.

Wir wollen diese Sache aufklären und reichen daher eine Klage wegen unlauteren Wettbewerbes ein. Bis zur Erledigung dieses Streitfalles beschließen wir hiemit die Pressepolemik. Wir hoffen, daß eine solche auch nach Erledigung des Prozesses nicht mehr nötig sein wird.

**Aktiengesellschaft vorm. Škodawerke in Pilsen.**